

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at



Ausgabe 3, Jänner 2013 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz

Sie stehen nicht im Rampenlicht:

Politik lässt Arbeitende und Arbeitslose im Stich und vernichtet Arbeitsplätze. Seite 6-9

Foto: Bundesheer Greblen



So jung – und schon wehrpflichtig. Die beiden Militär-Hunde freuen sich schon auf ihre Ausbildung als Katastrophenhelfer.



Der Ball für Alle **Volkshaus Redoute 2013**

26.1.2013, 20:00, Eintritt frei, Leider schon ausgebucht.

Benefizveranstaltung zugunsten der Betroffenen des
Wohnhausbrandes in der Wurmbrandgasse, Seite 16

KPO





ZITIERT

„Banken, Hedgefonds und Finanzmärkte besitzen ihre große Macht heute nur, weil man sie ihnen gegeben hat. Aber man kann sie ihnen auch wieder nehmen.“ *Roberto M. Unger, US-Wirtschaftsprofessor. Falter 1/2013*

„Wir bauen zu viele Luxuswohnungen. Viele Wohnungssuchende können sich die angebotenen Wohnungen einfach nicht leisten.“ *Kurier, 1.1. 2013*

„...und gleich zeigt sich der erste große Unterschied...keine riesige Glastüre die vor dem Eingang ist, kein langer Gang der weiter hinten einen Empfang/Schreibtisch vermuten lässt, aber dafür wuselt es hier so richtig – ganz viele Bürger die mit Fragen da sind, SozialCard, Weihnachtsgeld usw.“ *Philip Pacanda (Piraten), über sein erstes Treffen mit Elke Kahr*

„Solange ich in der Funktion des Verteidigungsministers bin, wird es keine Berufsarmee in Österreich geben. Darauf haben all jene mein Wort, die auf das derzeitige System vertrauen, aber auch jene, die es lieber heute als morgen abschaffen wollen!“ *Verteidigungsminister Darabos gab 9.6.2010 sein Wort im Parlament.*



AUS DEM INHALT

90 Jahre Mietrecht	4
Wohnen ist zu teuer	5
Sozial-Richtsätze	5
Hohe Arbeitslosigkeit	6-9
Offene Konten der KPÖ	7
Satire Glücksspiel	10
Aus den Stadtbezirken	11/12
Bauprojekte-Kritik: Pfauegarten und Straßgang	13
Unsere Gemeinderät/innen	14
Laute Variobahn	15
Wohnhausbrand	16
Wassersparen ist ungesund	18
Fußballvereine: GSC Tramway	19
Richard Zach	20
Veranstaltungen	21
Leserbriefe // Tierecke //	
Impressum	22/23

Glaubwürdigkeit – wichtig

VERANTWORTUNG STATT POLITSPIELEREI

Schwere Verluste für ÖVP und SPÖ, starke Gewinne für die KPÖ. Das hat die Gemeinderatswahl am 25. November 2012 gebracht. Bei den herrschenden Parteien gibt es aber kein Umdenken. Die Zustimmung der Menschen zur alten Politik sinkt. Trotzdem soll sie weitergeführt werden: Mit Privatisierungen, neuen Belastungen und Einschnitten bei den Leistungen. Glaubwürdigkeit schaut anders aus.

Die KPÖ mit Elke Kahr hat Stimmen und Mandate dazugewonnen. Mit 22.725 Stimmen und 20 Prozent der Stimmen ist sie auf Platz 2 gekommen. Sie hat 10 von 48 Mandaten im Gemeinderat und einen Sitz in der Stadtregerung.

Verantwortung für ein soziales Graz

Elke Kahr: „Das ist eine große Verantwortung. Die Menschen, die uns gewählt haben, erwarten, dass wir zu unserem Wort stehen. Deshalb kann uns niemand dazu zwingen, unsere grundsätzliche Haltung über Bord zu werfen: Privatisierung, Belastungen und Postenschaucher sind mit der KPÖ nicht zu machen.“

Wir brauchen konkrete Ver-

einbarungen, die im Interesse der Teile der Bevölkerung liegen, denen wir uns verpflichtet fühlen. Die Grazer KPÖ ist deshalb bereit, zusätzlich zur Arbeit im Amt für Wohnungsangelegenheiten Gesamtverantwortung für die steirische Landeshauptstadt zu übernehmen. Elke Kahr: „Wenn es um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger geht, muss man manchmal bereit sein, »nein« zu sagen. Nein zu sagen, das bedeutet oft, mehr Verantwortung zu übernehmen. Die KPÖ bekennt sich zur Zusammenarbeit in Teilbereichen, für Packerleien sind wir allerdings nicht zu haben.“

Das Beste für die Stadt

Die KPÖ wird immer bereit sein, Sinnvolles im Interesse der

Grazer Bevölkerung zu unterstützen, unabhängig davon, von welcher Fraktion es kommt. Was es von uns allerdings nie geben wird, ist blinde Zustimmung.“

Bei den Verhandlungen der letzten Wochen ist es der ÖVP vor allem um die Eindämmung der KPÖ gegangen.

Von einem Willen, unsere Stadt sozialer und gerechter zu gestalten, war leider nichts zu merken. Auch die Frage Rücknahme der automatischen Tarifierhöhungen spielte in den Gesprächen von Seiten der Mehrheit keine Rolle. Was die Menschen auf der Straße davon halten, ist manchen Politikern egal.



Verantwortung für ein soziales Graz



Viele Grazerinnen und Grazer wollten wissen, wie es die Grazer KPÖ mit der Verantwortung hält, und fanden sich zur Diskussionsveranstaltung im Volkshaus der KPÖ ein.

Schlagzeilen österreichischer Medien über Elke Kahr:

- „ Die dunkelrote »Sonny«, Ganze Woche, 28. 11. 2012
- „ Frau Marx macht mobil“, News, 29. 11. 2012
- „ Der rote Engel“, Kronenzeitung, 1. 12. 2012
- „ Die rote Rebellin von Graz“, Österreich, 1. 12. 2012
- „ Politiker sollten nicht mehr verdienen als Arbeiter“, Ganze Woche, 5. 12. 2012
- „ Darf man Kommunisten wählen? Nein, darf man nicht“, Christian Rainer, profil 2. 12. 2012
- „ Roter Wolf im Schafspelz“, Steirische Wirtschaft, 7. 12. 2012
- „ Entschuldigt euch gefälligst bei Elke Kahr!“, Michael Reimon, Presse, 6. 12. 2012

ig für Graz!



Ein neues, soziales Wohnbauprogramm möchte Elke Kahr für ein soziales Graz erreichen. Belastungen für die Bevölkerung und neue Privatisierungen wären kein guter Weg der neuen Stadtregerung.

Wer sind die KPÖ-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte? Lesen Sie mehr auf Seite 14 und 15.

Vorzugsstimmen bei der Gemeinderatswahl

Elke Kahr (KPÖ)	2580
Siegfried Nagl (ÖVP)	2187
Lisa Rücker (Grüne)	1319
Mario Eustacchio (FP)	1225
Martina Schröck (SPÖ)	1116

Elke Kahr hat als einzige Kandidatin durch Vorzugsstimmen ein Direktmandat im Gemeinderat erzielt.

GLAUBWÜRDIGKEIT ?

Vor der Wahl: Der Bürgermeister stellt immer wieder Projekte vor, die Millionen kosten.

Nach der Wahl: Der Bürgermeister präsentiert eine lange Liste von Projekten, die gestrichen werden.

Preisfrage: Wer war vor der Wahl für die Stadtfinanzen zuständig und hat gewusst, was geht und was nicht?

Antwort: Die ÖVP.



Sozial – auch nach der Wahl

KPÖ

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Danke

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!



Zuerst ein großes „DANKE“ an die Wählerinnen und Wähler, die es mit ihrer Stimme möglich gemacht haben, dass wir in den nächsten Jahren in Graz unsere Arbeit gestärkt fortsetzen können. Das wird nicht leicht werden.

In Zeiten des Sozialabbaus und der Kürzungen wollen wir weiterhin eine soziale Wohnungspolitik entwickeln und Möglichkeiten dafür schaffen, dass auch das Zusammenleben in unserer Stadt gut funktioniert.

Mit der Verantwortung für die Bau- und Anlagenbehörde haben wir eine weitere Herausforderung zu bewältigen, die für die KPÖ neu ist.

In den letzten Wochen habe ich viel Zuspruch aus der Bevölkerung bekommen. Die Leute wollen ein Ende der Politspielereien. Sie wollen, dass man ihnen zuhört, und dass auch ihre Erfahrungen ernst genommen werden. Wenn man mehr als bisher auf jene Menschen hört, die keine Lobby haben, wäre das eine große Hilfe für die Arbeit im Rathaus – auch für die anderen politischen Kräfte.

Haben die Parteien diese Botschaft der Gemeinderatswahl aber verstanden und wird sie von ihnen ernst genommen? Das ist die Frage.

Ihre KPÖ-Stadträtin
Elke Kahr
Tel. 0316 / 872 / 20 60

KLEIN, aber MIT BISS



Die EU verbietet Glühbirnen und will die Wassershöhe regulieren. Die Spekulanten haben dafür weiter freie Bahn.



Der uHuDLa, Österreichs älteste und rebellischste Straßenzeitschrift, berichtet ausführlich. Bestellungen, insbesondere von Exemplaren zum Weiterverkauf (Preis 2 Euro, 1 Euro bleibt beim Verkäufer) unter **Tel. 0650 331 71 30**

LICHT UND SCHATTEN

90 Jahre Mietrechtsgesetz



Vor 90 Jahren, am 7. Dezember 1922, hat das österreichische Parlament mit dem Beschluss über das Mietengesetz ein wichtiges Signal für den Mieterschutz gesetzt.

Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr betonte, dass es 90 Jahre danach darum geht, unter neuen Bedingungen mit gesetzlichen Maßnahmen einen Damm gegen die Geschäftemacherei mit der Wohnungsnot zu errichten.

Massive Mieterhöhungen aufgrund der hohen Inflation während des ersten Weltkrieges, daraus resultierende Massenkündigungen und anhaltende Mieterproteste vor allem in

Wien führten im Jänner 1917 zur ersten „k.u.k. Verordnung zum Schutze der Mieter“. In dieser Verordnung sowie in zwei weiteren kurz vor und nach Kriegsende wurden bereits ein Verbot willkürlicher Mietzinserhöhungen sowie Kündigungsbeschränkungen festgeschrieben. Diese wesentlichen Mieterschutzbestimmungen gingen im 1922 beschlossenen Mietengesetz auf. Ohne die vorangegangenen Protest- und Kampfkationen von Mieterinnen und Mietern gegen Hausherrenwillkür und Spekulation hätte das nicht erreicht werden können.

Aufgeweichter Mieterschutz

Mietzinsobergrenzen, Kündigungsschutz, Pflicht zur Rechnungslegung der Betriebskosten sowie Erhaltungspflichten des Vermieters gehören bis zum heutigen Tag zu den Eckpfeilern des Mietrechtsgesetzes, welches das Mietgesetz 1982 ablöste.

Freilich wurden die Mieterschutzbestimmungen sukzessive aufgeweicht. Vermietern wurde es nach und nach erleichtert, höhere Mieten zu verlangen. Besonders das 1997 eingeführte Richtwertsystem ermöglicht durch seine unzähligen Zuschlagsmöglichkeiten horrend, kaum noch nachvollziehbare Mieten. Aber auch die immer größer werdende Zahl von Ausnahmen aus dem Anwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes höhlt den Mieterschutz aus.

In Hochglanzbroschüren angepriesene „Wohnträume“ müssen für immer mehr Menschen, die sich die Mieten für ihre Wohnungen kaum noch leisten können, wie der blanke Hohn klingen. Wohnungsmieten von 60 Prozent und mehr des Haushaltseinkommens sind auf dem



Das Mietrechtsgesetz ist leider wegen seiner Ausnahmeregelungen und unterschiedlichen Geltungsbereiche schwer durchschaubar.

besten Weg, von der Ausnahme zur Regel zu werden.

Elke Kahr: „Das Mietrechtsgesetz sichert Menschen das Dach über dem Kopf, ohne der Willkür des Vermieters ausgeliefert zu sein. Um aber der

Preistreiberei bei den Mieten endlich Einhalt zu gebieten, ist es höchst an der Zeit, das undurchschaubare Richtwertsystem zugunsten klarer, niedrigerer Mietzinsobergrenzen wieder abzuschaffen.“

Thema Wohnen in Graz: Von der Suche bis zu Problemen und Streitfällen: Wenn Sie dazu Fragen haben wenden Sie sich bitte an das Büro von Stadträtin Elke Kahr, (Rathaus, 2. Stock, Zi. 235, Tel. 0316 / 872-2060) oder an die städtische Wohnungsinformationsstelle (Schillerplatz 4, Tel. 0316 / 872-5450).

Eiserne Hochzeit



Das Ehepaar **Charlotte und Johann Holzer** gab sich das Ja-Wort am 23.12.1947 in Ligist. Nun durften sie die Eiserne Hochzeit im Kreise ihrer Familie, 4 Kinder und 5 Enkelkinder, feiern. Herr Johann Holzer war nach dem Krieg mit Leib und Seele ein allseits beliebter Autobuslenker. Seine Frau führte den Haushalt. An der Feier nahm neben Stadträtin Elke Kahr auch Ernest Kaltenegger teil.

**Mieternotruf
717108**

www.kpoe-graz.at/mieternotruf

**Auf keinen Menschen
vergessen!**

Elke Kahr. **KPU**

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen sowie die Rechtmäßigkeit und Höhe von Provisionen. Wir beraten bei Schikanen durch Vermieter, Kündigungen und Räumungsklagen. Wir helfen, wenn es Probleme bei der Kautionsrückzahlung gibt, aber auch bei anderen Fragen rund ums Thema Wohnen.

Tel. 0316 / 71 71 08
Montag – Donnerstag bis
22.00 Uhr,
an Wochenenden von
10.00 – 20.00 Uhr.

MIETEN STEIGEN ÜBERDURCHSCHNITTLICH

Was ist Wohnbauförderung?

Während Löhne, Gehälter, Pensionen und Sozialleistungen nicht einmal mehr um die Inflationsrate erhöht werden, steigen die Mieten unaufhaltsam.

angehoben werden, beschert immer mehr Grazerinnen und Grazer konkrete Existenzängste.

Spekulation statt leistbare Mieten.

Doch auch im Bereich der Wohnbauförderung sorgen die Länder dafür, dass es zukünftig noch weniger leistbare Wohnungen geben wird. Schlägt man derzeit die Zeitungen auf, könnte man meinen, die ursprüngliche und sinnvolle Zweckwidmung der Wohnbauförderungsmittel wurde von der damaligen schwarzblauen Bundesregierung nicht nur zum Stopfen von Budgetlöchern abgeschafft. Unter anderem, um den Ländern ausreichend Spielgeld für abenteuerliche und verlustreiche Spekulationen auf den Finanzmärkten zu verschaffen.

Immer mehr Menschen müssen bereits deutlich über die Hälfte ihrer Einkommen für ihre Wohnungen ausgeben und laufen Gefahr, diese zu verlieren. Die steirische SPÖ-ÖVP-„Reformpartnerschaft“ reagierte darauf so, wie man es von ihr befürchtet: Sie kürzte auch noch die Wohnbeihilfen. Das und nicht zuletzt auch die von ÖVP und Grünen in Graz beschlossene Tarifautomatik, wonach Gebühren für typische Betriebskostenpositionen wie Wasser, Kanal und Müllabfuhr jährlich automatisch

Ein Prozent des Lohns

Das Wohnbaugeld wird von den arbeitenden Menschen in Form des Wohnbauförderungsbeitrages in der Höhe von einem Prozent der Löhne und Gehälter finanziert. In der Steiermark ist von Spekulationsverlusten bei Wohnbauförderungsgeldern noch nichts bekannt geworden. Aber durch die Verschärfung von aushaftenden Wohnbaudarlehen an Banken hat sich das Land Steiermark bereits großer Einnahmequellen beraubt.

SPÖ und ÖVP nutzen den Rest dieser Gelder auch noch zum Stopfen von Budgetlöchern. Kein Wunder also, dass die ohnehin knappen Mittel für den dringend notwendigen sozialen Wohnbau noch weniger werden.

Zweckwidmung der Wohnbauförderung

„Die Wiedereinführung der Zweckwidmung der Mittel aus der Wohnbauförderung ist dringender notwendig denn je“, sagt Wohnungsstadträtin Elke Kahr. „Die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften unterstützen diese Forderung, und es ist erfreulich, dass auch Bau-Bundesinnsensmeister Werner Frömmel und der SPÖ-Gewerkschafter und Nationalratsabgeordnete Josef Muchitsch die Notwendigkeit dieser Maßnahme erkannt haben.“

Flächenwidmungspläne

Unterstützenswert ist die Forderung nach einer eigenen Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ in Flächenwidmungsplänen, wonach bei Umwidmungen künftig ein Teil der Grundstücksfläche für den geförderten Wohnbau unter Berücksichtigung einer Kostenobergrenze bereitgestellt werden soll.

Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 837,63 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.255,89 Erhöhung pro Kind:€ 129,24 (jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 794,91 Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten):.€ 596,19 ab 3. volljährige Person:.....€ 397,46 1. bis 4. Kind:€ 151,03 ab dem 5. Kind:€ 182,83

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben) Rezeptgebühr 2013: € 5,30/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze:

€ 386,80/Monat

Obergrenze für Rundfunk-Telefongebührenbefreiung/Telefontgeltzuschuss (netto):

1 Person:€ 938,15
2 Personen:€ 1.406,60
3 Personen:€ 1.551,35

Familienbeihilfe

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,1 bei 4 Kindern über 19; im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; Erhöhung um Geschwisterstaffel ab zwei Kindern; für erheblich behinderte Kinder kann die erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegelohn (seit 2011 gleich):

Stufe 1:..... 154,20
Stufe 2:..... 284,30
Stufe 3:..... 442,90
Stufe 4:..... 664,30
Stufe 5:..... 902,30
Stufe 6:..... 1.260,00
Stufe 7:..... 1.655,80

Maria Wolf: 104 Jahre



Ihren 104. Geburtstag feierte Frau **Maria Wolf** Ende November. Sie wurde 1908 in der Steiermark (Slowenien) geboren und lebte bis vor kurzem noch selbstständig. Nun wohnt sie im Seniorenzentrum in der Körösisstraße, wo sie auch ihren Geburtstag feierte. Stadträtin Elke Kahr durfte ihr auf Einladung von Sohn Egon und Schwiegertochter Elfriede Perko gratulieren und überreichte der mehrfachen Uroma im Namen der Stadt Graz Glückwünsche.

DSA Karin Gruber
Herrengasse
16,
8010 Graz
Tel. 0316/
877-5101,
E-Mail:
karin.gruber@stmk.gv.at



HÖCHSTE ARBEITSLOSIGKEIT SEIT JAHREN: IN GRAZ 16.243 ARBEITSLOSE

„Arbeitslosenpartei“ hätte 7 Man

16.234 Menschen waren zum Jahreswechsel in Graz arbeitslos gemeldet, um sieben Prozent mehr als ein Jahr zuvor.

Was das bedeutet, zeigt ein Vergleich: Die SPÖ erhielt bei der Gemeinderatswahl 17.517 Stimmen, die FPÖ 15.733 Stimmen. Wenn alle Arbeitslosen, Schulungsteilnehmer und all jene, die in keiner Statistik mehr aufscheinen, einer „Arbeitslosenpartei“ zugerechnet würden, dann wären sie mit 7 Mandaten

die viertstärkste Kraft im Rathaus.

Die Sorgen und Probleme der Arbeitslosen kommen aber in der Politik nicht vor. SPÖ und ÖVP vernichten mit ihrer Belastungspolitik im Land viele Arbeitsplätze. Auch im „Haus Graz“ wird darauf geschaut, dass immer mehr Arbeit mit immer weniger Personal gemacht wird.

Arbeitslosigkeit wird als Dauerzustand behandelt, den man halt nicht ändern könne, weil „gespart“ werden müsse. Konkurse



und Firmenpleiten kommen wie Naturkatastrophen daher. Dabei sind sie die Folge einer Politik, die nur das Interesse der Banken und Konzerne im Auge hat.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit führt zu einem erhöhten Druck auf Lehrlinge, die alles hinnehmen müssen, um ihre Lehrstelle zu behalten.

Die hohe Zahl von Arbeitslosen wird auch dazu benutzt, um die Bedingungen für all jene, die noch eine Arbeit haben, zu verschlechtern. Flexibilisierung, Teilzeit, Lohnkürzungen, Antreiberei: Das alles ist leichter durchzusetzen, wenn viele Arbeitslose auf der Straße warten.

In dieser Ausgabe des Stadt-

„Am Prekärsten ist man allein“

Schon längst gehören Fahrradboten zum städtischen Alltag. Die prekären Arbeitsbedingungen sind allerdings nur wenig bekannt.

Ob sengende Hitze oder klirrende Kälte: Fahrradboten sind immer im Einsatz. Und das müssen sie auch sein. Verdienst und soziale Absicherung sind dennoch gering.

Selbst Sendungen mit bis zu 80 Kilogramm werden mit Lastenfahrrädern befördert. Dabei gilt man oft nicht einmal als Zusteller und muss in der Fußgängerzone fallweise Strafe zah-

len, während daneben ein LKW nach dem anderen vorbeifährt. Geliefert wird von Schreibtisch zu Schreibtisch, man transportiert medizinische Proben und erledigt tägliche Besorgungen oder Behördengänge.

Risiken

Zappa, wie er von Kollegen aufgrund seines Funk-Nicknames genannt wird, hat 2006 als Fahrradbote begonnen, um sich sein Studium zu finanzieren. Schon bald wurde daraus ein Vollzeitjob. Das Studium hingte er vorerst an den Nagel. Die Pink Pedals gründete er schließlich gemeinsam mit einem Kollegen. Zu sechzehnt sind sie heute. Als Zentrale dienen erst die Küchen diverser Studenten-WGs, heute hat man Räumlichkeiten in der Griesgasse gemietet.

Nicht nur körperliche Fitness muss man mitbringen, sondern auch ein hohes Maß an Selbstorganisation und Effizienz. Man benötigt Fahrrad, Kleidung, Handy. Nicht zu unterschätzen sind die Risiken. Vor allem muss

Selbst schwere Lasten werden transportiert: Fahrradbote Zappa bei der Lieferung einer Waschmaschine.



date

15 JAHRE

Tag der offenen Konten

blattes bringen wir einige aktuelle Beispiele aus Grazer Betrieben.

Die KPÖ und der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) kämpfen dagegen an. Wir sind für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen in die Infrastruktur: Etwa den Bau von Gemeindewohnungen, die Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Wir verlangen ein Konzept für die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für Menschen, die am Arbeitsmarkt keine Chance vorfinden.



Elke Kahr und die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg spendeten 2012 127.622 Euro - seit 1998 insgesamt über 1,3 Millionen Euro.

Zum 15. Mal legten die KPÖ-Mandatare am „Tag der offenen Konten“ die Belege für die Verwendung ihrer Politikerbezüge offen. Nach Ernest Kaltenegger, der diese Praxis 1998 eingeführt hatte, halten sich auch die Grazer Stadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg an die Richtlinie, dass ein großer Teil ihrer Bezüge als Politiker für in Not geratene Menschen verwendet wird.

Im Jahr 2012 haben sie insgesamt € 127.622,62 für diesen Zweck an 944 Familien und Personen zur Verfügung gestellt. Stadträtin Elke Kahr spendete allein € 53.423,45 an 512 Personen. Unterstützung für Lebensbedarf, Mietzinszahlungen (Verhinderung von Delogierungen), Kauttionen, Reparaturen. Waschmaschine, Boiler etc.

sowie Strom- und Heizkosten machten einen Großteil der Ausgaben aus.

In Summe wurden seit 1998 von den Mandatar/innen der KPÖ insgesamt € 1.357.143,62 an 9.665 Familien und Personen ausbezahlt.

Die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr: „Diese Offenlegung ist mir sehr wichtig. Es geht darum, zu zeigen, dass es Politiker gibt, die sich mit ihren Gehältern nicht von der Mehrheit der Bevölkerung abheben. Gerade in diesem Jahr habe ich gesehen, dass durch die Teuerungen und durch die niedrigen Gehälter und Pensi-

onen viel mehr Menschen als früher bei uns Hilfe suchen. Deshalb ist es auch notwendig, auf politischer Ebene Maßnahmen zu setzen, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Stadt und Land beitragen.“

Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Im abgelaufenen Jahr haben sich besonders die Probleme mit Kosten für Gesundheitsversorgung gehäuft. Selbstbehalte, Zahnersatz und Therapiekosten stellen viele Menschen vor große Probleme – obwohl die öffentlichen Kassen Gewinne erwirtschaften. Hier muss dringend etwas geschehen.“

man sich selbst versichern und sollte immer etwas Geld beiseite legen. „Ein größerer Sturz oder ein Diebstahl des Rads, und man ist aufgeschmissen“, weiß Zappa.

Freundschaftsnetzwerk

„Am Prekärsten ist man allein“, erzählt er, „aber in einer Gemeinschaft wird man aufgefangen.“ Zwar ist man über die SVA krankenversichert, wird jedoch einer krank oder hat eine Verletzung, droht der völlige Verdienstausfall. Intern wird zuweilen über den Exekutor gewitzelt – seine Bekanntschaft hat schon so mancher gemacht.

Die Pink Pedals versuchen auszugleichen: Wer nicht einsatzfähig ist, übernimmt den Telefondienst und die Buchhaltung. Im Notfall legen die Kollegen zusammen. Über die Jahre ist so ein „Freundschaftsnetzwerk“, wie Zappa es nennt, entstanden. Ohne den Zusammenhalt wäre der Job nämlich nicht bewältigbar.

www.pinkpedals.at





MEINUNG



Von Kurt
Luttenberger,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Fromme Wünsche

Das Jahr 2013 wird für arbeitende Menschen, Pensionisten, Jugendliche und sozial Benachteiligte schwierig.

Die Einkommen bzw. Pensionen sind laut aktuellem Rechnungshofbericht für die meisten Mitbürger seit 1998 zum Teil dramatisch zurückgegangen. Österreich verzeichnet die höchsten Arbeitslosenraten seit 1945. Auf der anderen Seite sind da die Reichen und Superreichen, Bankiers und Spekulanten, die Jahr für Jahr bis zum Abwinken abcashen.

In Graz ist zu befürchten, dass eine künftige, von VP, SP und FP dominierte Stadtregerung nicht sozial gegensteuert, sondern die Gebühren weiter erhöht und wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge (Wasser, Müll, Kanal usw.) privatisiert.

Als Gewerkschaftsaktivist und Arbeiterkammerrat des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) bedauere ich sehr und finde es beschämend, dass die „großen“ Fraktionen in AK und ÖGB, nämlich FSG (von der SPÖ) und FCG (von der ÖVP) den sozialen Kahlschlag unterstützen und auch noch alles tun, um ihre Mitglieder „ruhigzustellen“ - eine Art „Reform“- bzw. Verschlechterungspartnerschaft von leider unerwarteter Seite.

Mein Wunsch an die Parteigebundenen Gewerkschaftskfraktionen für 2013 wäre, dass diese endlich umdenken und aktiv werden, um soziale Not und weitere Verschlechterungen in der Arbeitswelt zurückzudrängen,

meint

**Kurt Luttenberger, AK-Rat,
GLB Steiermark**

UMGRÜNDUNG SOLL LÖHNE DRÜCKEN

Unsicherheit bei Magna

Trotz guter Wirtschaftssituation des Betriebes sollen die Beschäftigten bei Magna Fahrzeugtechnik in Graz Lohnkürzungen hinnehmen. Die Vorbereitungen dazu werden gerade getroffen. Wir haben mit Hilde Tragler, GLB-Betriebsrätin bei Magna, über die jüngsten Entwicklungen und die Stimmung in der Magna-Belegschaft gesprochen.

Stadtblatt: Was tut sich derzeit bei Magna?

Hilde Tragler: Aus dem Unternehmen Magna Steyr Fahrzeugtechnik sollen die Bereiche „Engineering“ und „Services“ herausgelöst und in eigenständige Gesellschaften überführt werden.

Ziel ist es, die Löhne zu drücken. Die „Umgründung“ von Unternehmensteilen soll den Umstieg auf andere Kollektivverträge ermöglichen. Das wird auf Kosten der Beschäftigten passieren. Der Umstieg vom Industriekollektivvertrag für Metaller in jenen für Handel und Gewerbe bringt auf jeden Fall eine Schlechterstellung für die Belegschaft.

Stadtblatt: Wie viel wissen die Betroffenen darüber?

Tragler: Die Entwicklung hat sich schon länger abgezeichnet. Ende letzten Jahres gab es eine Betriebsversammlung. Die Leute wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Angstmache – Standortsicherung und Abwanderung – hat gewirkt, so haben sie letztlich dafür gestimmt.

Es herrscht große Unsicherheit, weil die Beschäftigten nicht wissen, was auf sie zukommt.

Tatsächlich werden die Anforderungen und der Arbeitsumfang gleich bleiben, wenn nicht steigen, die Leute aber werden schlechter bezahlt.

Stadtblatt: Was genau ist zu befürchten?

Tragler: Zum einen wird es zu konkreten Schlechterstellungen kommen, etwa bei Kündigungsfristen, Arbeitszeit-Anrechnungen, Vorrückungen etc. Noch problematischer ist, dass dann unterschiedliche Kollektivverträge in einem Unternehmen gültig sein werden. Das wird die Arbeiterschaft in Untergruppen aufspalten. Die Solidarität leidet. Die Position der Belegschaft gegenüber der Geschäftsführung wird so geschwächt.

Stadtblatt: Wie siehst Du die Rolle der Mehrheitsfraktion (FSG) im Betriebsrat?

Tragler: Anfangs haben meine sozialdemokratischen Kollegen große Töne gegen das Vorhaben gespuckt. Was ist daraus geworden? Sie sind einfach umgefallen. Und jetzt stellen die sozialde-



**Hilde Tragler, GLB-
Betriebsrätin bei Magna**

mokratischen Gewerkschafter dieses Verhandlungsergebnis auch noch als Erfolg dar.

Stadtblatt: Was stört Dich an der Vorgehensweise der Unternehmensführung?

Tragler: Die Unaufrichtigkeit. Statt von einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu reden, könnte man gleich sagen, dass es nur darum geht, die gleiche Arbeit von den Beschäftigten für weniger Geld zu bekommen, um die Aktionäre zufriedenzustellen. Und dann sollten wir uns auch noch dafür bedanken, dass wir überhaupt Arbeit haben. Mit solchen Methoden lässt sich die Krise bestimmt nicht aufhalten. Im Gegenteil. Besser wäre es, wenn die Leute mehr Geld für ihre Arbeit bekämen. Dann könnten sie sich die Autos, die sie produzieren, auch selbst leisten!

TATORT
Arbeitsplatz



**Beratung in Fragen von
ARBEIT und BERUF**

Termine unter Tel. 0660 / 1426 080

E-Mail: glb@glb-steiermark.at • <http://www.glb-steiermark.at>

GEWERKSCHAFTLICHER LINKSBLOCK
STEIERMARK IM ÖGB

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

www.mieterschutzverband.at

KOMPETENZ IN MIETERSCHUTZ

K&Ö-VERSAND, NECKERMANN, ARBEITSPLÄTZE

Kündigungen und Firmenpleiten sind meist das Ergebnis von Konzernstrategien. Neckermann-Versand in Graz ist ein Beispiel dafür. Was im Jahr 1887 als Kastner&Öhler-Versandhaus begann, endete als Tochterfirma der international operierenden „Heuschrecke“ Sun Capitals.

Jetzt wird der Betrieb von der Firma „Top-Agers“ zwar weitergeführt, aber 120 Beschäftigte – vor allem Frauen – müssen gehen. Es hat dem Fortbestand des Betriebes nichts genützt, dass schon im Jahr 2011 etwa 40 Frauen gekündigt wurden.

Neckermann-Versand stand im Besitz der international operierenden Kapitalanlagefirma Sun-Capital-Partners. Seit 1995 hat Sun-Capital über 270 Unternehmen „rationalisiert“. Derartige Finanzkonzerne werden Heuschrecken genannt, weil sie auf schnellen Profit aus sind, Unternehmen fusionieren, Produktionen auslagern und Beschäftigte kündigen.

SCHULPSYCHOLOGEN:

Betreuung an Schulen hat Sinn

Nicht nur Erwachsene, auch Schulkinder leiden immer häufiger unter Stress. Die Ursachen sind vielfältig.

Sie reichen von Lernschwierigkeiten, Problemen mit Mitschülern über Zeit- und Leistungsdruck bis hin zu Mobbing-Vorfällen. Wenn Kinder in der Schule leiden, ist es für Eltern oft nicht einfach, die ursächlichen Zusammenhänge zu erkennen und gute Lösungen im Interesse ihrer Sprösslinge zu finden.

Hilfe bietet die schulpsychologische Beratungsstelle. Sie steht Schülern, Eltern und Lehrkräften zur Seite und bietet neben Krisenintervention und Beratung bei Lernschwierigkeiten auch Diagnostik, kurzzeittherapeutische Maßnahmen sowie Bildungsberatung an. Die Grazer Schulpsychologie hat ihren Sitz in der Körblergasse 25. Vier Psychologinnen sind hauptberuflich beschäftigt und halten

regelmäßig Sprechstunden an Schulen ab.

Sprechstunden zu selten

„Wir haben festgestellt, dass die Anwesenheit einer Schulpsychologin an Schulen Sinn macht. Berührungängste fallen weg, das Vertrauen steigt, Probleme können rechtzeitig entschärft werden“, sagt der Leiter der Schulpsychologie des Landes Steiermark, Dr. Josef Zollneritsch.

Regelmäßige Sprechstunden an Schulen gibt es in Graz jedoch nicht so häufig, wie es erforderlich wäre. „Aufgrund der begrenzten Mittel können wir derzeit nur sechs Grazer Schulen regelmäßig besetzen, etwa das BG/BRG Carneri, das Lichtenfelsgymnasium, die Polytechnische Schule oder die NMS in Andritz“, so Zollneritsch. „Je öfter wir in Schulen sein können,



KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch

desto besser“, plädiert er für eine Ausweitung der Schulpsychologie auf alle Schulen.

Österreich hinkt nach

Der Gemeinderat und Bildungssprecher der Grazer KPÖ, Andreas Fabisch, selbst Lehrer, macht seit vielen Jahren auf dieses Manko aufmerksam und ist dazu im Gemeinderat aktiv.

Bestärkt in seiner Forderung fühlt er sich auch durch einen im Dezember des Vorjahres vom Verband der Elternvereine veröffentlichten Bericht, dass die Betreuungsquote nur in Deutschland schlechter ist als in Österreich. „Ein Schulpsychologe an der Schule sollte zu einer Selbstverständlichkeit werden – ähnlich dem Schularzt“, fordert KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch und verspricht, sich weiterhin dafür stark zu machen.

Teilzeitfalle

aus Praxissicht

30. Jänner 2013, 18 Uhr

Karl Drews Klub im Volkshaus
Graz, Lagergasse 98a, Graz

Teilzeitarbeit – freiwillig oder erzwungen?

Die rechtlichen Situation von
Teilzeitleiter/innen
Auswirkung auf die Pensionen
Gemeinsame Diskussion ist erwünscht

Referentin:

Mag. Verena Nussbaum

Stv. Regionalgeschäftsführerin
GPA-djp Steiermark

Kindergarten im Rathaus

Als Gratulanten anlässlich der Weihnachtsfeiertage und des Jahreswechsels konnten Stadträtin Elke Kahr und die Mitarbeiter/innen in ihrem Büro besonders junge Gäste begrüßen.

Kinder aus dem interkulturellen Bildungsgarten Schützgasse besuchten die Wohnungsstadträtin in ihrem Büro. „Hier sieht man, dass die Welt bunter ist, als viele denken“, so Kahr. „Wir haben dieser wertvollen Einrichtung bei ihrem Start geholfen und freuen uns über ihre positive Entwicklung.“ Elke Kahr nahm dieses Treffen zum Anlass, allen Kindergartenpädagog/innen in unserer Stadt für ihre wertvolle Arbeit im abgelaufenen Jahr zu danken.





SATIRE
von Günter Eichberger

WIE DIE KUGEL ROLLT

Das Glücksspiel ist ein Segen. Fortuna schüttet ihr Füllhorn aus. Wer leer ausgeht, hat immerhin das Vergnügen des Spiels gehabt. Also gibt es im Grunde nur Gewinner. Wer Haus und Hof verspielt, hat seinen Kindern etwas zu erzählen. Wenn die Kugel rollt, wenn der Arm des Maschinenbanditen fest gedrückt wird, dann lacht dem Spieler das Herz im Leibe. Denn der Mensch ist bekanntlich nur dort Mensch, wo er spielt.

Der Zufall gibt, der Zufall nimmt. Ernst ist das Leben, heiter ist das Spiel. Wenn die Münzen im Sack klimpern, ist das doch die schönste Musik. Wer niemals einen Trumpf ausgespielt hat, der werfe den ersten Dominostein!

Mögen sich andere Branchen beklagen, das Glücksspiel aber hat immer Saison. Und damit das so bleibt, muss für diesen harmlosen Zeitvertreib auch geworben werden. Was ist schon dabei? Interessen wollen vertreten werden. Und wir vertreten doch alle irgendwelche Interessen.

Steuern und Abgaben gibt es doch ohnehin genug. Wenigstens das Glücksspiel, das Pläsier des kleinen Mannes, könnte man da-

von befreien. Wer dafür kämpft, kann kein Übler sein. Wer für sein ehrenwertes Anliegen finanzielle Zuwendungen nicht entrüftet zurückweist, beweist nur, dass es ihm ernst ist. Mit Bestechung hat das nichts zu tun.

Und was heißt schon Unvereinbarkeit? Ein geschworener Spielverderber wird sich nicht als Vorsitzender des Glücksspielausschusses eignen. Da muss man jemanden vom Fach nehmen. Der weiß, wie die Kugel rollt. In diesem Ausschuss sollten nur Experten sitzen, Vertreter von Novomatic und Admiral-Sportwetten. Lobbying ist ein legales Geschäft wie das Glücksspiel. Ein Lobbyist bringt doch nur den Aspekt der Wirtschaft in die Politik ein.

Dieses Beispiel sollte Schule machen. Warum greift die Justiz nicht auf die Sachkenntnis von Berufsverbrechern zurück? Diese Menschen haben unter härtesten Bedingungen ihr Metier von der Pike auf gelernt. Die Gesetze sollten von Gesetzesbrechern begutachtet werden. Und über Abgeordnetenmandate könnte das Los entscheiden. Einen Stadtratsposten gewinnt man am Spieltisch. Die Politik wird zur Lotterie. Wollen wir wetten?

Günter Eichberger studierte Germanistik und Anglistik und lebt als freier Schriftsteller in Graz. Seit seinem Debütroman „Der Wolkenpfleger“ veröffentlichte er neben Theaterstücken und Hörspielen auch eine Reihe von Prosabänden.

Frühförderung fremd vergeben

Die Grazer Stadtregierung hat Ende letzten Jahres die Einrichtung einer sprachlichen Frühförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen beschlossen. Doch anstatt qualifiziertes Personal bei der Stadt anzustellen,

wurde eine EU-weite Ausschreibung durchgeführt. „Wieder einmal wurde eine Chance vergeben, sichere Arbeitsplätze zu schaffen“, bedauert Stadträtin Elke Kahr die Auslagerung der Frühförderung.



AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Kanal- und Müllgebühren

TARIFAUTOMATIK: GEBÜHREN-ERHÖHUNG TROTZ ÜBERSCHUSS

Erstmals ohne eigenen Beschluss des Gemeinderates wurden Müll- und Kanalgebühren mit 1. Jänner in Graz um 2,7 Prozent erhöht.

Diskussionen im Gemeinderat über die Höhe von Gebühren und Tarifen sind VP-Chef Nagl lästig. Daher wurde vor rund einem Jahr unter Federführung der ÖVP die sog. „Tarifautomatik“ bei den Kanal- und Müllgebühren eingeführt. Jetzt dürfen die Gebühren alljährlich automatisch um die Inflationsrate angehoben werden, ohne eigenen Gemeinderatsbeschluss und unabhängig von den tatsächlich anfallenden Kosten bei Abwasser- und Müllentsorgung. Heuer wird diese automatische Erhöhung erstmals schlagend. Sie beträgt 2,7 %.

Erhöhung ohne Grund

Dabei ging aus einer von der Grazer KPÖ im Vorjahr in einem Dringlichkeitsantrag eingeforderten Kostenaufstellung betreffend das Jahr 2011 klar hervor: Mit Gesamteinnahmen von 45,6 Mio. Euro und Gesamtausgaben von 40,6 Mio. Euro betrug der Überschuss beim Kanal 5 Mio.

Euro, der Deckungsgrad lag bei 112,29 %.

Bei der Müllabfuhr zeigte sich ein ähnliches Bild: Hier wurden ein Überschuss von 3,2 Mio. Euro und ein Deckungsgrad von 109,95 % festgestellt.

„Die Menschen in unserer Stadt müssen deutlich mehr für Kanal und Müll zahlen, als notwendig wäre. Die Gebührenautomatik verteuert die Betriebs- und Wohnungskosten weiter, während Sozialleistungen laufend gekürzt werden“, so KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann.

Gemeinderat gefordert

Über 4500 Grazerinnen und Grazer haben im Vorjahr im Rahmen einer Unterschriftenaktion der KPÖ ihrem Groll gegen die ungerechtfertigte und unsoziale Gebührenautomatik Luft gemacht.

„Die automatische Erhöhung von Tarifen und Gebühren in Graz ist kein Schicksal. Sie kann vom neu gewählten Gemeinderat wieder rückgängig gemacht werden“, machte Bergmann deutlich. „Diese Haltung wird die Grazer KPÖ bei den Verhandlungen im Rathaus auch weiterhin vertreten.“



Foto: Facebook - gotof je

Der Bürgermeister unserer Partnerstadt Maribor, Franc Kangler, musste mit 31. Dezember 2012 den Hut nehmen. Seine Privatisierungspolitik hatte dazu geführt, dass die Kanalgebühren in Maribor fast doppelt so hoch sind wie in Ljubljana. Eine private Verkehrsüberwachung durfte in die eigene Tasche kassieren. Die Bürger meinten: „Gotof je“ - „Er ist fertig!“



Aktuelles aus den Grazer Bezirken

INNERE STADT

Kastner-Dach: Pflanzerei

Nur mehr als Pflanzerei kann man die Vorgangsweise der Firma „Kastner&Öhler“ in Sachen Dachverkleidung bezeichnen. Altstadtkommission und UNESCO hatten dem Umbau nur zugestimmt, weil Kastner eine Verkleidung des Daches zugesagt hatte, die sich an die Farbe der Altstadt Häuser anpassen werde. Die breite Mehrheit im Gemeinderat für dieses Vorhaben kam nur unter dieser Bedingung zustande. Seither gibt es Ausflucht um Ausflucht dafür, warum das nicht gemacht wurde, was seinerzeit versprochen worden war.

Bereits im Jahr 2011 hatte der damalige Bezirksvorsteherstellvertreter Innere Stadt, Franz Stephan Parteder, auf die Verzögerung hingewiesen und einen konkreten Zeitplan gefordert. Damals hatte die Firma technische Probleme als Ursache dafür angeführt, dass Kastner&Öhler sein Versprechen nicht einhält. Jetzt sind es „wirtschaftliche Probleme“, die die Verwirklichung des Vorhabens in das Jahr 2014 verschieben.

KPÖ-Bezirksmandatar Mag. Fred Strutzenberger: „Ich fühle mich jedenfalls gepflanzt. Und das wird vielen Verantwortlichen vom damals zuständigen Stadtrat Rüsch abwärts auch so gehen.“

Andreas-Hofer-Platz

Eine Nachricht in der „Kleinen Zeitung“ lässt aufforchen. Nach der Vergabe der Glücksspiellizenz



Alfred Strutzenberger

an die Casinos Austria mit der Bindung an den jetzigen Standort dürfte der Investor des Riesenprojektes Andreas-Hofer-Platz Probleme bekommen. Er hatte dort ein Hotel inklusive Casino vorgesehen.

Fred Strutzenberger: „Jetzt wäre der Moment, das Acoton-Projekt zu überdenken und andere Varianten für den Andreas-Hofer-Platz ins Auge zu fassen. Es ist befremdlich, dass in der letzten Nummer der Stadtzeitung BIG Werbung für dieses Bauvorhaben gemacht wird, das die Alt-

stadt unwiederbringlich verändern könnte.“

Smart Taxi

Die Möglichkeit, in Graz auch „Smart-Taxis“ mit lediglich einem Fahrgast einsetzen zu können, hat auf Anregung von Markus Freihammer die KPÖ im Gemeinderat gefordert. Derzeit stehen dem einige gesetzliche Bestimmungen entgegen. Fred Strutzenberger: „Ich halte diese Idee für überlegenswert, unter anderem auch, wenn damit eine Senkung der Tarife für einzelne Kunden und auch bessere kollektivvertragliche Regelungen für die Taxifahrer verbunden wären.“



Achtung, rutschig!

Bei Schneefall ist für die Räumung der Straßen die Holding Graz zuständig. Die Gehsteige werden leider nicht von der Holding geräumt, denn es ist Aufgabe der Hauseigentümer, die Gehsteige vor ihren Objekten schneefrei und eisfrei zu halten. „Kommen die Eigentümer ihrer Pflicht nicht nach und besteht Gefahr in Verzug, kann man sich an die Polizei wenden“, sagt Gemeinderätin Gerti Schloffer. „Diese kündigt sich darum, dass die Verkehrssicherheit für die Fußgängerinnen und Fußgänger wieder hergestellt wird.“

GEIDORF



Spieglein, Spieglein...

Nach dem Ende der bauarbeitsbedingten Sperre des Geh- und Radweges entlang der Mur von der Keplerbrücke südwärts gibt es ein neues Problem. Schon seit mehreren Wochen ist der Spiegel bei der Unterführung der Keplerbrücke zerstört (siehe Foto). Fußgänger und Radfahrer sind dadurch gleichermaßen gefährdet, weil ohne den Spiegel der Gegenverkehr nicht zu sehen ist. „Hoffentlich wird der Spiegel repariert, bevor es zu Unfällen kommt“, hofft Hanno Wisiak von der KPÖ Geidorf.

WALTENDORF

Rast am Ragnitzbach

Eine Anregung aus der Bevölkerung greift Margitta Kaltenecker von der KPÖ Waltendorf auf. Am Ragnitzbach soll auf Höhe Kohlbachsiedlung eine Sitzbank aufgestellt werden. Der Weg am Ragnitzbach

ist für Spaziergänge ideal, und Eltern mit Kleinkindern sowie ältere Personen würden sich über mehr Sitzgelegenheiten freuen. Kaltenecker wird einen entsprechenden Antrag im Bezirksrat einbringen.

Stadtplanung zum Lachen



Gegen verfehlte Stadtplanung am Beispiel Schillerplatz protestierten am Rande der Gemeinderatssitzung Ende Oktober 2012 auf Einladung von Altstadtaktivistin Sarah Anderson Stadtzeichner Walter Felber, KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch und Aktivbürgerin Karin Steffen. „Der Klotz am Schillerplatz ist nur eines von zahlreichen Beispielen von Fehlentscheidungen der Stadtplanung und des Bürgermeisters. Hier ist ein absoluter Fremdkörper in einem früher geschlossenen Ensemble entstanden“, so Fabisch.

ANDRITZ

Öder Hauptplatz

Der Andritzer Hauptplatz ist verwahrlost, es gibt so gut wie kein Grün, der Radweg endet im Nichts. Zuletzt wurde sogar der einzige Baum – eine Blutbuche – geschlägert. KPÖ-Bezirksrätin Karin Reimelt will nach Konstituierung des neuen Bezirkrates beantragen, dass der Platz



umgestaltet und der Radweg verbessert wird – und zwar unter Einbeziehung der Andritzer Aktivbürger/innen.

PUNTIGAM

In der Herrgottwiesgasse Nähe Lidl und McDonalds fehlen eindeutig Mistkübel. Der Müll wird dort ständig am Straßenrad entsorgt.



Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Graz, Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 0316 / 71 62 91; Tel. 0316/ 71 24 79
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Pensionsraub: Protest

Die steirischen Pensionistenvertreter der Gewerkschaft Pro-GE, Herbert Mandl und Kurt Gennaro, protestieren gegen die unzureichende Pensionserhöhung 2013 und fordern die Pensionistenzwillinge Blecha und Kohl zum Rücktritt auf.

Elke Kahr: „Ich kann diese Erklärung von zwei Spitzengewerkschaftern, die – wie Kurt Gennaro als Landtagsabgeordneter – auch hohe Funktionen in der SPÖ innehatten, nur unterschreiben: Es ist empörend, dass Menschen, die Zeit ihres Lebens hart gearbeitet haben, mit sehr niedrigen Pensionserhöhungen abgespeist werden sollen. Man darf nicht zur Kenntnis nehmen, dass Gelder für die dringend notwendige Pensionserhöhung anderweitig verschleudert werden, etwa für die Rettung von Banken, für riskante Spekulationsgeschäfte oder für die verschiedenen EU-Pakete.“



Das tägliche Leben muss leistbar bleiben!

Es reicht.
Teuerung stoppen!

ST. PETER

Sternäckerweg

Der Sternäckerweg zweigt von der St.-Peter-Hauptstraße ab und führt am Sturmplatz vorbei. In der Mitte des Sturmplatzes endet der Gehweg jedoch, sodass große Gefahr für die Fußgänger besteht. Die Kurve Sternäckerweg/Messendorfgrund ist für den Autoverkehr zu schmal und durch Transparente vom Sturmplatz nicht einsehbar. Gert Kosmus von der KPÖ St. Peter setzt sich daher im Interesse der Verkehrssicherheit für einen durchlaufenden Ausbau des Gehsteiges am Sternäckerweg sowie eine Verbreiterung der besagten Kurve ein. „Eine Entfernung der Transparente von Sturm halte ich für nicht realistisch, da sie nicht gegen das Gesetz verstoßen und einen Sichtschutz gegen Journalisten und Spione darstellen. Man könnte sich aber auf jeden Fall mit dem Sturm-Vorstand in Verbindung setzen, um eine Lösung zu finden“, schlägt Kosmus vor.



Gefahr am Banngrabenweg

Der bereits seit längerem gesperrte Weg in St. Peter ist stark einsturzgefährdet. Der Grund: Unterspülung durch den Petersbach. Die Hinterausgänge der Häuser Dammweg 23 und 35 sind unbenutzbar. Auf Höhe Eichenweg 25, wo sich die Siedlung gegenüber dem Petersbach befindet, wurde der Gehweg so stark unterspült, dass Einsturzgefahr besteht und somit der Verbindungsweg der Häuser gefährdet ist. „Eine sofortige Sanierung des Petersbaches ist notwendig. Beim nächsten Hochwasser besteht die Gefahr der Überschwemmung der angrenzenden Häuser des Dammweges und der Siedlung am Eichenweg“, fordert der angehende KPÖ-Bezirksrat Gert Kosmus.

STRASSGANG, WETZELSDORF, EGGENBERG

Deponie droht

Eine geplante Baurestmülldeponie an der Steinbergstraße knapp außerhalb der Grazer Stadtgrenze sorgt für Unmut in der Bevölkerung. Mit einem Volumen von über 700.000 m³ soll die größte Deponie der Steiermark entstehen, darunter ein hoher Anteil an - hochgiftigen - Asbestabfällen.

Die Bezirke Straßgang, Wetzelsdorf und Eggenberg sowie zahlreiche Umlandgemeinden sind von den negativen Auswirkungen betroffen. Nicht nur durch den LKW-Verkehr (in Spitzenzeiten bis zu 200 täglich), sondern auch durch die Deponie mitten im Naherholungsgebiet in einem Ausmaß von acht Hektar. Durch die

zum Teil unterirdisch verlaufenden Wasserabflüsse Richtung Tobelbad sind auch die Bürger von Umlandgemeinden alarmiert. Eine Bürgerinitiative hat in wenigen Tagen bereits 500 Unterschriften gegen dieses Projekt gesammelt. „Die KPÖ Graz unterstützt den Protest der Bevölkerung“, so Planungssprecher Manfred Eber.

LEND



Bezirksrat
Christian
Carli

In der Bienengasse wurde eine 300 Jahre alte Linde gefällt. Grund dafür war eine Krankheit, die aber mit dem freien Auge nicht erkennbar war. Viele Bewohner und Anrainer sind darüber sehr enttäuscht,

vor allem auch darüber, dass dies ohne Vorankündigung stattgefunden hat. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens - trotz eventueller straßenrechtlicher Hürden - eine neuer Baum gepflanzt wird.

„MILLIONÄRSBURG“ AM PFAUENGARTEN Profitgier geht vor Altstadtsschutz?

Die geplanten Flachdachkubaturen am Pfauegarten werden das Altstadtensemble zerstören. Gebaut wird trotzdem. Es geht um viel Geld.

Mit „moderner Architektur in historischer Altstadt“ wirbt der Bauträger Fleissner + Partner Ges.m.b.H um finanzkräftige Investoren für 70 Wohnungen und Geschäftsflächen. Entstehen sollen diese in insgesamt drei Baukörpern auf dem Pfauegarten-Areal. Mit dem Bau der Objekte „in Luxuslage“ soll demnächst begonnen werden.

Das Bauprojekt „Pfauegarten“ wurde möglich, weil dieses Areal zur Errichtung eines Kunsthauses seinerzeit in Bauland umgewidmet und nach dem Scheitern des Kunst-

haus-Projektes an diesem Ort nicht mehr zurückgewidmet wurde. Der ehemalige Landeskonservator, DI Dr. Friedrich Bouvier, äußerte sich bereits vor einiger Zeit sehr kritisch zu diesem fragwürdigen Projekt.

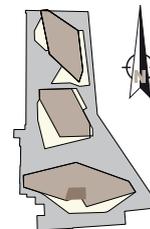
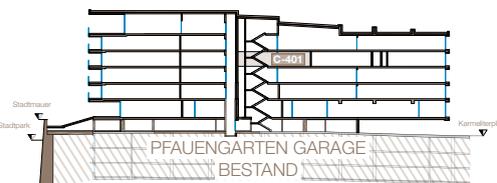
Doch wenn es um viel Geld geht, sind wichtige Anliegen, wie z.B. ein vernünftiger Schutz der Grazer Altstadt, plötzlich zweitrangig. „Die geplante Millionärsburg im ältesten Teil der Stadt ist eine Katastrophe für die Grazer Altstadt. Das 40-Millionen-Euro-Projekt mit den geplanten Flachdachkubaturen zerstört die Ensemblewirkung



HAUS C
4. OBERGESCHOSS
WOHNUNG C-401



6.OG
5.OG
4.OG
3.OG
2.OG
1.OG
Garage/EG



im Herzen unserer Altstadt. Mit der Realisierung dieses Projektes gerät der Weltkulturerbetitel immer mehr in Gefahr“, warnt KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch.

Doch das Projekt, für welches Verkaufspreise zwischen € 4.980,- und € 9.600,- pro Quadratmeter - in einem vorgeschalteten Meistbieter-Verfahren

möglicherweise sogar noch mehr – erwartet werden, ist auf Schiene.

„Bald wird man Touristen nicht mehr stolz eine homogene Altstadt zeigen können, sondern könnte eine Tour zu Beispielen letztklassiger Profitgier und Zerstörungswut – siehe auch das Kommod-Haus – anbieten“, so Fabisch.

Protest gegen „Green City Graz“ Gastkommentar

Das Schloss St. Martin, das Kirchlein Johann und Paul, die Rudolfsware, die Wanderwege am Buchkogel, die Bründlteiche, die Grünflächen der Landwirtschaftsschule, die Rodelwiese: Der Grazer Westen ist ein wichtiges Erholungsgebiet für die Grazer Bevölkerung.

Durch das Bauvorhaben „Green City Graz“ am Areal der

ehemaligen Druckerei Leykam ist dieses Erholungsgebiet bedroht. Hier sollen 15 sechs- bis elfstöckige Häuser mit ca. 700 Wohneinheiten gebaut werden. Dadurch würde es zu einer massiven Verschlechterung der Verkehrssituation und der Luftqualität im ohnehin schon sehr stark belasteten Bezirk kommen. Der Unmut der Bevölkerung

in Webling ist groß. Deshalb haben wir eine Bürgerinitiative gebildet.

Wir kritisieren:

- die Gefahr der Nachverdichtung (bereits jetzt ist die Bebauungsdichte höher als empfohlen)
- dass der Bebauungsplan der „Green City“ dem Stadtentwicklungskonzept widerspricht (gebietstypische Bebauung wird nicht umgesetzt)

• die optische „Verschandelung“ des Naherholungsgebietes

Wir fordern:

- dass die Bauhöhe auf maximal 6 Stockwerke begrenzt wird
- die Beachtung des Gebietscharakters
- eine sensible Bebauung unter Berücksichtigung der

Umgebung (St. Martin)

- die Erstellung eines kurzfristig umsetzbaren Verkehrskonzeptes (sowohl für den Individual- wie auch für den öffentlichen Verkehr)
- eine Luftgütemessung zu Hauptverkehrszeiten in der Straßgangerstraße sowie eine Verkehrszählung in der Straßgangerstraße mit den notwendigen Konsequenzen
- Lärmschutzmaßnahmen für ansässige Bewohner/innen

Eine Bebauung des Gebietes muss dem Gebietscharakter entsprechen. Sie muss aber vor allem auch den Ansprüchen der Weblinger Bevölkerung auf ein lebenswertes Wohnumfeld gerecht werden. Dafür werden wir uns einsetzen!

Für die Bürger/innen-Initiative
Webling: Mag. Andrea Wagner,
Dipl.Päd. Sigrid Pelzmann

15 Gebäude mit bis zu elf Etagen sollen schon bald diesen idyllischen Ausblick nehmen....



Das sind die KPÖ-Gemeinderätinnen und Gemeinderäte:



1. Elke Kahr, *1961,
• Stadträtin der KPÖ
wohnt in Gries
E-Mail: elke.kahr@kpoe-graz.at
Gemeinderätin seit 1993, Stadträtin
seit 2005. Mit der Wahl in die Stadt-
regierung scheidet die Spitzenkan-
didatin einer Liste aus dem Gemein-
derat aus. Der/die nächstgereichte
Kandidat/in rückt nach.

2. Andreas Fabisch, *1958,
• AHS-Lehrer, für Musikerzie-
hung und Instrumentalmusik am
BORG Monsbergergasse, wohnt in
Mariatrost.
E-Mail: a.fabisch@aon.at
Stellvertretender Klubobmann des
KPÖ-Gemeinderatsklubs, seit 2003
Gemeinderat der KPÖ
*Schwerpunkte: Bildung, Wissenschaft,
Schule, Altstadt, internationale Be-
ziehungen*
Motto: „Umverteilung jetzt!“

3. Ina Bergmann, *1957,
• Angestellte, zwei Kinder,
Straßgang
E-Mail: ina.bergmann@kpoe-graz.at
Obfrau des KPÖ-Klubs im Grazer
Gemeinderat, Mitglied des Gemein-
derates seit 2003.
*Schwerpunkte: Kontrolle, Finanzen,
Wirtschaft, Beteiligungen*
Motto: „Leben und Wohnen müssen
für alle leistbar sein.“

Alte und neue
Gemeinderä-
tinnen- und
räte der KPÖ.
Mitarbeiter/
innen des
Klubbüros
und des
Stadträ-
tinnen-Büros



4. Christian Sikora, *1963,
• Justizwachebeamter, drei Kin-
der, wohnt in Straßgang
E-Mail: christian.sikora@kpoe-graz.at
Gemeinderat seit 2008
*Schwerpunkte: Sicherheit, Sport, Ka-
tastrophenschutz, öffentlicher Dienst*
Motto: „Eine starke Stimme für sozi-
ale Sicherheit!“

5. Martina Thomüller, *1991,
• Bäckerin
E-Mail: martina.thomueller@kpoe-graz.at
Gemeinderätin ab 24. Jänner 2013
*Schwerpunkte: Frauen, Gender und
Gleichberechtigung, Umwelt und
Tierschutz*
Motto: „Gleiche Chancen und ein
selbstbestimmtes, freies Leben für
alle!“

6. Manfred Eber, *1965, Ange-
stellter, vier Kinder, wohnt in
Gries
E-Mail: manfred.eber@kpoe-graz.at
Zweiter stellvertretender Klubob-
mann des KPÖ-Gemeinderatsklubs,
Gemeinderat seit 16. 10. 2008
*Schwerpunkte: Stadtentwicklung,
Verkehrs- und Bebauungsplanung,
Verkehr, Wohnen*
Motto: „Den Mächtigen auf
die Finger klopfen!“

7. Ulrike Taberhofer, *1960,
• Lehrerin, wohnt in Lend
E-Mail: uli.taberhofer@kpoe-graz.at
Gemeinderätin seit 2003
*Schwerpunkte: Soziales, Senior/innen,
Integration, Menschenrechte, Pflege*
Motto: „Sozial schlechter gestellte
Menschen dürfen nicht benachtei-
ligt werden“



8. Krotzer Robert, *1987,
• Student, Geidorf
E-Mail: robert.krotzer@kpoe-graz.at
Gemeinderat ab 24. Jänner 2013
*Schwerpunkte: Kinder, Jugend, Anti-
faschismus*
Motto: „Menschen sind wichtiger
als Profite!“

9. Christine Braunersreuther,
• *1974, Museologin, ein Kind,
Geidorf
E-Mail: christine.braunersreuther@kpoe-
graz.at
Gemeinderätin ab 24. Jänner 2013
Schwerpunkte: Kultur, Familie
Motto: „Kein Ausverkauf von
öffentlichem Eigentum!“

10. Kurt Luttenberger, *1955,
• Sozialpädagogischer Train-
er, drei Kinder, Straßgang
E-Mail: kurt.luttenberger@kpoe-graz.at
Landesvorsitzender GLB Steiermark,
Arbeiterkammer-Rat, Gemeinderat
ab 24. Jänner 2013
Schwerpunkte: Arbeitswelt, Personal
Motto: „Gegen soziale und ökonomische
Ungerechtigkeit.“

11. Elke Heinrichs, *1958, Bio-
med. Analytikerin, ein Kind,
Waltendorf
E-Mail: elke.heinrichs@kpoe-graz.at
Betriebsrätin im LKH, Gemeinderätin
ab 24. Jänner 2013
*Schwerpunkte: Gesundheit, Behinder-
te, Menschenrechte, Asylrechtsfragen*
Motto: „Politikerinnen und Politiker
müssen im Sinne der Solidarität
Vorbild sein!“



ELKE KAHR: Konkrete Ziele

Die Verhandlungen im Rathaus über die neue Stadtregierung gehen weiter. KPÖ-Stadträtin Elke Kahr hat dem VP-Chef Siegfried Nagl eine schriftliche Auflistung der wichtigsten Vorhaben in den Arbeitsbereichen übergeben, für die ab jetzt die KPÖ die Hauptverantwortung hat.

Dazu gehören:

- ein Sonderwohnbauprogramm II mit dem Ziel, in den nächsten 5 Jahren mindestens 500 neue Gemeindewohnungen zu errichten. Dafür ist die Budgetierung von Grundstücksankäufen notwendig.
- Im Ressort Zusammenleben sieht Elke Kahr die Installierung einer bedarfsorientierten Siedlungsbetreuung und Nachbarschaftshilfe, die Wohnungseinbegleitung bei Neubezug einer Wohnung, und die Schaffung von Stadtteilzentren vor.
- Bei der Bau- und Anlagenbehörde strebt die KPÖ die Fortführung des begonnenen Reformprozesses und die Absicherung der personellen und

finanziellen Ausstattung des Amtes an.

Der KPÖ-Gemeinderatsklub unterstützt diese Ziele. Er fasste auf seiner Klausurtagung am 12. Jänner auch den Beschluss, Elke Kahr als Vizebürgermeisterin vorzuschlagen.

SPANNEND

Die Stadt Graz hat ein eigenes Statut, das auch die Wahl des Bürgermeisters regelt. Der/die Bürgermeister/in wird dann vom Gemeinderat gewählt, wobei die stärkste Partei das Vorschlagsrecht hat. Ebenso hat die zweitstärkste Partei das Vorschlagsrecht für den/die Vizebürgermeister/in.

Im Jahr 2008 hat die schwarz/grüne Koalition mit dieser Tradition gebrochen und eine grüne Vizebürgermeisterin gewählt, die nur auf Platz 3 gekommen war. Die KPÖ schlägt jetzt Elke Kahr als Vizebürgermeisterin vor. Die ÖVP hat schon über Medien ausrichten lassen, dass sie Elke Kahr nicht wählen will, weil sie gegen Privatisierungen und automatische Tariferhöhungen ist. Es wird spannend.

STADT HAT KEIN GELD Trotzdem 55 Millionen „für den Kanal“?

Die Mittel sind knapp. 103 Mio. darf die Stadt Graz in den nächsten fünf Jahren nur für neu zu beschließende Projekte ausgeben.

VP-Chef Nagl bleibt dabei: Nicht nur das Murkraftwerk Puntigam soll gebaut werden, sondern mit ihm auch der „Zentrale Speicherkanal“. Die Kosten für diesen Speicherkanal (Abschnitt Hortgasse bis Radetzkybrücke) belaufen sich nach ersten Schätzungen auf rund 72,8 Millionen Euro. Davon müssten rund 52,7 Mio. Euro aus dem Budget der Stadt Graz bezahlt werden. Dazu kommen noch rund 2,8 Mio. für Ausgleichsmaßnahmen, die für die Umsetzung des Murmasterplans Graz-Mitte fällig würden (in Summe 55 Mio. Euro).

Die Plattform „Rettet die Mur“ weist darauf hin, dass in dieser Kostenrechnung zusätzlich notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Abwassersysteme noch gar nicht enthalten sind (z. B. Grazbach).

„Derzeit gibt es keine rechtliche Verpflichtung, den guten Zustand des Gewässerkörpers Mur im Stadtgebiet von Graz weiter zu verbessern“, bestätigt sogar die oberste Wasserrechtsbehörde des Landes Steiermark.

Die KPÖ appelliert an den Bürgermeister, sowohl von den Kraftwerksplänen als auch vom Bau des Speicherkanals, für den jede gesetzliche und ökologische Notwendigkeit fehlt, abzurücken. Stattdessen sollte das Geld für sinnvollere Projekte, wie z. B. Schulen, Wohnen, öffentlicher Verkehr, aufgewendet werden.



Banken„hilfe“: 1,6 Billionen Euro

Die europäischen Banken haben von Oktober 2008 bis Ende 2011 insgesamt 1,6 Billionen Euro an staatlichen Beihilfen bekommen. Zwei Drittel der Bankenhilfen wurden in Form von staatlichen Garantien für Kredite zwischen den Banken gewährt.

Über die Hälfte des Banken-Beihilfenvolumens entfielen auf drei Länder: Großbritannien (19

Prozent), Irland (16 Prozent) und Deutschland (16 Prozent). Von den von den Finanzinstituten beanspruchten 1,616 Billionen Euro wurden 1,174 Billionen Euro für Liquiditätsmaßnahmen gewährt.

Der Rest entfiel auf Hilfen zur Stützung der Zahlungsfähigkeit von Banken, Rekapitalisierungsmaßnahmen und Ersatz für wertgemindertes Vermögen.

BRAND IN DER WURMBRANDGASSE

Ein Albtraum wurde Wirklichkeit

Hausrat, Möbel, Kleidung – die Opfer des Wohnhausbrandes in der Wurmbrandgasse haben viel verloren.

Es war früher Samstagmorgen, als einer Mieterin in einem Gemeindefohnhaus in der Wurmbrandgasse Brandgeruch in die Nase stieg. Sie reagierte sofort, rief die Feuerwehr an und alarmierte die anderen Bewohner/innen. Zu spät kam die Hilfe leider für den Verursacher des Feuers. Er verlor in dem durch eine glimmende Zigarette ausgelösten Brand das Leben.

Hilfe im ersten Schock

Notdürftig gekleidet flüchteten die übrigen Bewohner aus dem Haus. In der benachbarten Polizeistation wurde eine Erstversorgung eingerichtet. Binnen kürzester Zeit fanden sich dort Mitarbeiter/innen der Kriseninterventionsstelle, des Wohnungsamtes sowie Wohnungsstadträtin Elke Kahr ein: „Im ersten Moment ist es darum gegangen, die geschockten Bewohner/innen zu beruhigen. Bei Kaffee und Frühstück haben wir versucht, den Betroffenen ein Mindestmaß an Halt in dieser

schwierigen Situation zu geben“, so Kahr.

Fische in Sicherheit

Nachdem der Brand gelöscht war, durften die Bewohner/innen kurz in ihre Wohnungen zurück, um die wichtigsten Habseligkeiten, wie Medikamente, Kleidung und Papiere, zu bergen. Danach wurde ein Betretungsverbot ausgesprochen und das Gebäude bautechnisch abgesichert.

Das Ausmaß der Zerstörung wurde bald klar. „Die Wohnungen sind mehr oder weniger stark vom Feuer, aber auch vom Löschwasser in Mitleidenschaft gezogen worden. Das Haus muss von Grund auf saniert werden, was im Laufe des Jahres passieren wird“, so Kahr. Für die Bewohner, die vorübergehend in einem Hotel untergebracht wurden, mussten Ersatzwohnungen gefunden werden. Beim Umzug wurden sie von der Siedlungshilfe unterstützt.

Beträchtlicher persönlicher Schaden

Die persönliche Schadensbilanz der einzelnen Bewohner/innen ist beträchtlich. Bei den meisten wurde das Mobiliar größtenteils zerstört, viele Dinge sind unwiederbringlich verloren. Die



Beim Wohnhausbrand am 10. November 2012 war ein Todesopfer zu beklagen. Eine Komplettsanierung des Hauses wurde notwendig.

meisten Bewohner verfügten über keine Haushaltsversicherung. „Damit die Betroffenen das Notwendigste an Hausrat, Möbeln und Kleidung ersetzen können, lassen wir den Ertrag der heurigen Volkshausredoute der KPÖ den Opfern des Wohnhausbrandes

in der Wurmbrandgasse zukommen“, sagte Elke Kahr.

Der „Ball für alle“ findet am 26. Jänner wie immer im Volkshaus in der Lagergasse 98a statt. Einlass ist um 19.00 Uhr, Eintritt: freiwillige Spende. Es gibt keine Bekleidungs Vorschriften.

Nachgewiesene Sozialschädlichkeit des Glücksspiels

In einem Urteil im Zusammenhang mit der Vergabe von Glücksspielkonzessionen hat der Verfassungsgerichtshof deutliche Worte gefunden: Eine Beschränkung der Konzessionen sei sachlich begründbar und im öffentlichen Interesse, der VfGH spricht sogar von einer „nachgewiesenen Sozialschädlichkeit des Glücksspiels“.

Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Landtagsabgeordnete, zeigt sich erfreut über diese deutlichen Worte. In keinem anderen Bundesland gibt es eine

so hohe Dichte an Automaten und so viele Spielsüchtige. Alle Initiativen zur Abschaffung oder Zurückdrängung der Spielautomaten scheiterten bisher am Widerstand von SPÖ und ÖVP. Die durch das aktuelle Glücksspielgesetz stark erhöhten Einsätze und Gewinnmöglichkeiten machen das Problem noch größer und werden Spielsüchtige in noch kürzerer Zeit in den Ruin treiben. Klimt-Weithaler: „Die Steiermark soll auf die Vergabe von Lizenzen verzichten, damit wäre dem ganzen Land gedient.“



ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr

Lagergasse 98a, 8020 Graz

E-Mail: zentralverband@gmx.at

☎ **0316/71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei: ● Anträgen um **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen

Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a

Höchstgericht: SPÖ und ÖVP dürfen Menschenrechte nicht außer Kraft setzen

Vernichtendes Urteil des Verfassungsgerichts über steirisches Bettelverbot: Sofortige Aufhebung des Gesetzes wegen Menschenrechtsverletzung!

Personengruppen nicht außer Kraft setzen darf. Es ist den mutigen Personen in Graz zu danken, die dazu beigetragen haben, dass das Landesgesetz von FP, VP und SP vom Höchstgericht zerrissen worden sind.

Elke Kahr zur Aufhebung des Bettelverbotes: „Der Verfassungsgerichtshof hat mit der Aufhebung des steirischen Bettelverbotes gezeigt, dass man Menschenrechte für einzelne

Es ist zu hoffen, dass man die Bettlerdiskussion nicht noch einmal auf die Spitze treibt. Die wirklichen Probleme in unserer Stadt sind der Sozialabbau und die Belastungspakete auf allen Ebenen, die immer mehr Menschen in die Armut treiben.“

Und der Regress?

Ähnlich uneinsichtig in ihrer „Rechtsmeinung“ zeigt sich die Landesregierung beim Regress, der Rückzahlungspflicht bei Pflegekosten für Angehörige. Trotz eindeutiger Signale der Höchstgerichte über die Unhaltbarkeit dieses Gesetzes halten die „Verantwortlichen“ am Abkassieren bei den Angehörigen fest



Heizkostenzuschuss erhöhen!

Zwischen 100 und 120 Euro beträgt der Heizkostenzuschuss des Landes Steiermark. Das ist angesichts der hohen Energiepreise keine große Summe, aber für viele Steirerinnen und Steirer eine wichtige Hilfe in der kalten Jahreszeit.

Allerdings ist der Bezug sehr beschränkt: Ein Ehepaar, das mehr als 1425,- Euro – Urlaubs- und Weihnachtsgeld eingerechnet – im Monat zur Verfügung hat, bekommt keinen Heizkostenzuschuss mehr. Ein Ehepaar, das sich an die KPÖ gewendet hat, bekommt im Monat um 7 Euro (!) zu viel, und das bei einer gemeinsamen Pension von 1228,20,- Euro.

ein. Vor allem ist aber eine Senkung der Strom- und Gaspreise im Bereich des steirischen Energieversorgers das Gebot der Stunde. Unter Landeshauptmann Voves wurden die Energiekosten seit 2005 ständig erhöht, obwohl der Strom an der Börse billiger wurde.



MEINUNG

Arbeitsplätze statt Kürzungspakete!



Die aktuellen Berichte des AMS Steiermark zeigen eine dramatische Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 8 Prozent erhöht. Die Gruppe der Über-50jährigen ist am stärksten betroffen. Noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik waren so viele Menschen in unserem Land arbeitslos.

Angesichts dieser Entwicklung ist es besonders erschreckend, dass die Landesregierung an ihren Budgetplänen festgehalten hat. Denn mit dem neuen Doppelbudget fallen erneut zahlreiche Arbeitsplätze den Kürzungen zum Opfer. Bereits 2011/2012 wurden hunderte Stellen, vor allem im Bereich der Betreuung von Menschen mit Behinderung, gestrichen. Alleine für die Sanierung von Wohnungen wurden 43 Mio. Euro gestrichen, das wirkt sich unmittelbar auf die Beschäftigung aus.

Auch wenn SPÖ und ÖVP dazu übergegangen sind, die Kürzungen sogar noch als Erhöhung zu verkaufen, drohen tausenden Betroffe-

nen weitere Einschnitte bei Arbeitsplätzen, Einkommen und somit bei der Kaufkraft. Die Budgetpolitik von Voves und Schützenhöfer ist zu einem Motor der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten geworden.

Immer mehr Steirerinnen und Steirer werden in die Abhängigkeit von Unterstützungen gedrängt, die dafür immer geringer ausfallen. Die Steiermark befindet sich dank dieser Politik in einer wirtschaftlichen Abwärts Spirale. Gerade in dieser Situation wären Investitionen in die Sozialwirtschaft gut angelegtes Geld. Das zeigen auch Studien der Arbeiterkammer und des ÖGB.

Die Folgekosten des Kahl-schlags im Gesundheits- und Sozialbereich steigen stark an, zum Beispiel in der Jugendwohlfahrt. Was sich heute als Einsparung verkaufen lässt, verursacht mittelfristig oft weitaus höhere Folgekosten. Wer das nicht bedenkt, handelt kurz-sichtig.

Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

KPÖ-Sozial-telefon 0316/877 5102

Helfen statt reden. KPÖ wirkt!
www.mindestsicherungsrechner.at

**Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus**

Wie manche versuchen, mit einer lebenswichtigen Ressource reich zu werden

Investment Wasser

Wasser ist die wichtigste Lebensgrundlage. Dies bestätigt der aktuelle Weltwasserbericht der UNESCO. Er zeichnet ein düstres Bild der Lage. Laut dem Bericht hat sich der globale Wasserverbrauch in den letzten 50 Jahren mehr als verdreifacht, während die Bevölkerungszahl um „lediglich“ 130 Prozent gestiegen ist.

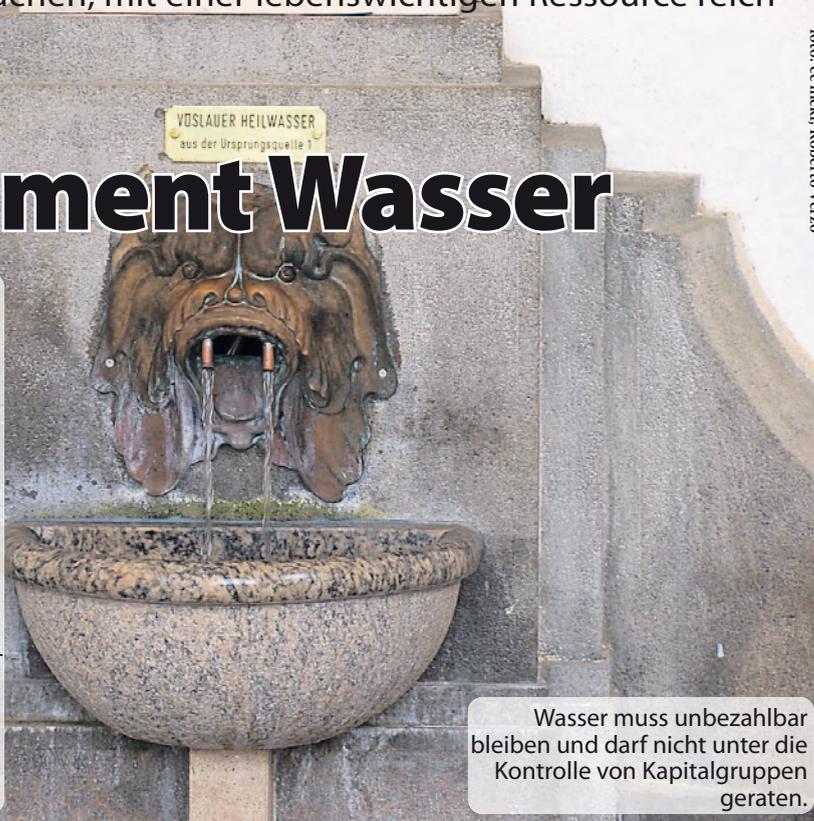


Foto: cc/flickr, Roberto Verzo

Wasser muss unbezahlbar bleiben und darf nicht unter die Kontrolle von Kapitalgruppen geraten.

Rund 2,6 Milliarden Menschen verfügen nicht einmal über einfachste sanitäre Einrichtungen und 884 Millionen fehlt sogar der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Würde man dieses Problem beheben, könnten neun von zehn Durchfallerkrankun-

gen und somit 10 Prozent aller Krankheiten weltweit vermieden werden. 1,5 Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen von Wasserverschmutzung, da in armen Ländern bis zu 90 Prozent der Abwässer ungeklärt entsorgt werden.

Der größte Teil des weltweiten Wasserverbrauchs entfällt auf die Landwirtschaft und die Fleischproduktion. Wenn man nun bedenkt, dass die Weltbevölkerung wächst und der Wohlstand in den Schwellenländern zunimmt, kann man sich ausmalen, was dies für die Ressource Wasser bedeutet. Verbrauch und Verschmutzung werden weiter steigen.

Sparen beim Wasser ist Enteignung von Allgemeingut

Damit die Verbraucher in ganz Europa „sparsamer“ mit Wasser umgehen, will die EU-Kommission „ineffiziente“ Wasserhähne und Duschköpfe verbieten.

Austausch der Glühbirnen zugunsten anderer Leuchtmittel, Tausch der Postkästen: Die Mächtigen der EU zeigen, wer das Sagen hat. Nun soll der nächste Zugriff folgen: Unser Wasser wird gespart! Mit neuer Technik bei Duschen und Wasserhähnen oder dem Verbot der Nutzung von Hausbrunnen wie zuletzt die artesischen Brunnen in der Oststeiermark.

Es ist eine gefährliche Vorgangsweise: Sie kommen, und „sparen“ das Wasser, das freies Allgemeingut ist. Als nächsten Schritt kassieren sie für den Schutz des Wassers und zuletzt kassieren sie für das Wasser selbst.

Der zuständige EU-Kommissar für diese Maßnahmen ist Janez Potočnik aus Slowenien. Das kleine Alpenland ist bekannt dafür, dass dort riesige Mengen besten Wassers – ja ganze Seen – in den Tiefen der Erde verschwinden um dann teilweise in Italien wieder aufzutauchen (Timavo). Warum fängt der Herr Potočnik nicht da zu sparen an?

Geld-Quelle

Während die einen unter dem Mangel und der zunehmenden Knappheit des lebenswichtigen Gutes Wasser leiden, verdienen sich andere damit eine goldene Nase. Denn dass die Versorgung mit Trinkwasser und die qualitative Entsorgung von Abwasser zu den Hauptaufgaben des 21. Jahrhunderts gehören, ist mittlerweile auch denjenigen klar geworden, welche hoffen, mit dem richtigen Investment reich zu werden. Somit hat sich rund um das Element Wasser ein milliarden-schwerer Markt entwickelt. Egal ob Staudammprojekt in Brasilien, Meerwasserentsalzungsanlage

in Abu Dhabi, Erneuerung alter Wasser- und Abwasserrohre in New York City oder die weltweite Vermarktung von H₂O in Flaschen – mit einer Investition in Wasser lässt sich heutzutage richtig viel Geld verdienen. An den internationalen Finanzmärkten verzeichnen Fonds, die sich auf den Wasserbereich spezialisiert haben, lukrative Gewinne. Aktien von Wasserver- und entsorgungsbetrieben versprechen hohe Renditen. So ist z.B. die Aktie des brasilianischen Wasserversorgungsgiganten Sabesp an der New Yorker Börse in den zehn Jahren bis zum 15. Mai 2012 um sagenhafte 601 Prozent gestiegen.

Laut Studie der amerikanischen Großbank Citigroup werden im Jahr 2050 etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben. Die Studie weiter: „Wenn die städtischen Gebiete wachsen und wohlhabender werden, die Ernährung und die Sanitärbedürfnisse sich verändern, kann das dazu führen, dass die Nachfrage nach Wasser den Basisbedarf für Trinken, Kochen und Hygiene um das Fünffache übersteigt.“ Deren Chefökonom Willem Buiter sieht schon Geschäfte mit riesigen Wasserreinigungs- und Entsalzungs-, sowie Speicheranlagen vor sich. „Ich erwarte für die nahe Zukunft eine massive Ausweitung von Investments in den Wassersektor.“ Unterm Strich also Geschäftemacherei mit den Lebensgrundlagen der Menschheit.

Strom und Wasser...

Wer Strom sparen will, sollte sich die Anschaffung eines Wasserspar-Duschkopfs überlegen. Denn Sparduschen – die in der Regel nicht mehr kosten als herkömmliche Duschköpfe – senken den Wasserverbrauch – und damit auch die Kosten für die Warmwasserbereitung – um 40 bis 60%. Das könnte sich auf der Stromrechnung positiv bemerkbar machen!



FUSSBALL IN GRAZ – GRAZER SPORTKLUB STRASSENBAHN GSC – Kult und Tradition

Ein reges fußballerisches Leben hat Graz zu bieten. Viele Unterhausvereine können auf große Traditionen zurückblicken. Teil 5 der Serie von Hanno Wisiak

Von der Kultstätte zum Lost Ground

Die erste eigene Heimstätte erhielt der Grazer SC 1928 in Liebenau. Mit dem Bau der Sportanlage in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße, die für fast 70 Jahre zur Heimat werden sollte, wurde 1936 begonnen. Sie zählte damals zu einer der modernsten in Mitteleuropa. Viele große – nationale und internationale – Gegner lockten Tausende von Zuschauern auf den Sportklubplatz. Nach 70 Jahren und einer langen sportlichen Durststrecke übersiedelte der GSC 2006 schließlich in die Gruab'n, die ehemalige Heimstätte des SK Sturm.

Höhenflug und Niedergang

Es war der Grazer Sportklub, der 1938, nach dem „Anschluss“ Österreichs an das nazistische Deutschland, als erster steirischer Verein in die höchste Spielklasse, die damalige „Gauliga“, aufstieg. Im Entscheidungsspiel konnte Sturm mit 1:0 besiegt werden.

Hitlers Weltmachtfantasien aber führten zur völligen Zerstörung des Stadions und kosteten 17 Spielern das Leben. Nach einem harten Neubeginn setzten die Straßenbahner erneut zu einem Höhenflug an und kickten 1952/53



Die legendäre 34er-Mannschaft des Grazer Sportklubs auf dem Liebenauer Sportplatz

in der A-Liga. Nach einem Auf und Ab zwischen zweiter und dritter Spielklasse folgte jedoch der Absturz. Heute spielt der GSC in der Gebietsliga Mitte, der zweituntersten Liga.

Tramway Funatix

„Die besten Fans im steirischen Unterhaus findet man wahrscheinlich in der Gebietsliga beim GSC“, schrieb Mario Kienzl in einem Gastkommentar in der Kleinen Zeitung. In vielen Dörfern staunt man nicht schlecht, wenn die Tramway Funatix ihre Mannschaft begleiten. Durch beide Halbzeiten unterstützt die Ultra-Gruppe ihre Mannschaft mit Gesängen und Fahnen, mit Choreografien und Pyrotechnik.

Ungewisse Zukunft

Anderen Unterhausvereinen ähnlich ist das Augenmerk, das der GSC auf Jugendarbeit legt. Ähnlich ist aber auch die prekäre finanzielle Situation. Ausgerechnet im Jubiläumsjahr wollen die Gerüchte nicht verstummen, dass deshalb die Kampfmannschaft eingestellt werden könnte. „Das wäre eine Katastrophe“, meint U11-Trainer Benjamin Sikora. „Gerade die Jungen brauchen die Perspektive, einmal in der Ersten kicken zu können. Für ihre Entwicklung ist das enorm wichtig.“

„GSC – Kult und Tradition. Und das seit 1923 schon“, singen die Fans Woche für Woche zur Melodie von Mrs. Robinson, um ihren Verein zu unterstützen. Bleibt zu hoffen, dass dieses Lied auch weiterhin in und um Graz zu hören sein wird.

Indienreise und steirischer Panther

Als einzigartig in der damaligen Zeit galt eine dreimonatige Indienreise, die der GSC 1934 mit der Unterstützung der Grazer Tramwaygesellschaft antrat. Von 19 ausgetragenen Spielen gewann der Grazer Sportklub 17. Jubelnd wurden die Spieler bei ihrer Heimkehr am Bahnhof empfangen. Auch von politischer Seite wurden die Leistungen gewürdigt. So darf der Grazer Sportklub seit damals das steirische Landeswappen offiziell im Vereinslogo führen.



Gehen mit dem GSC durch die Hölle und schlechtes Wetter: die Tramway Funatix.

GSC-LEGENDEN

Pepi Blum, Mitglied des „Wunderteams“ und einer der besten österreichischen Verteidiger in der Zwischenkriegszeit, trainierte den GSC, als er als erster steirischer Klub den Aufstieg in die höchste Spielklasse schaffte. Nicht nur in den Dressen des SK Sturm, sondern auch in den grün-weißen der Straßenbahner liefen Torwart **Franz Mikscha** und Stürmer Fritz Denk auf.

Unvergessen bleibt die Tormannlegende **Otto Konrad** und sein Tor im UEFA-Cup-Viertelfinale 1994, das er für die Austria Salzburg im Elfmeterschießen gegen Eintracht Frankfurt erzielte – nachdem er schon zwei Elfer gehalten hatte. Er begann seine Karriere beim Grazer Sportklub.

Das österreichische Nationalteam, das bei der WM 1978 im argentinischen Córdoba die deutsche Elf aus dem Bewerb schoss, wurde von **Helmut Senekowitsch** trainiert, der als Aktiver auch das grün-weiße Trikot des GSC getragen hatte.

Richard Zach – Lehrer, Dichter, Kommunist

Vor 70 Jahren, am 27. Jänner 1943, wurde der Grazer Lehrer und Dichter Richard Zach in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Die Nazis hatten ihn zum Tode verurteilt, weil er Widerstand gegen ihr Unrechtsregime geleistet hatte. Richard Zach war Kommunist.

Zach (geboren 1919) war der zweite Sohn einer steirischen Arbeiterfamilie, die Mutter war sozialdemokratisch eingestellt und der Vater, ein Fassbinder, gewerkschaftlich orientiert. Von 1926 bis 1930 besucht Richard Zach die Volksschule und dann vier Jahre die Hauptschule in Graz. Spätere Kontakte und Freundschaften zu älteren Studienkollegen und Freunden, wie dem Jungkommunisten Josef Martin Presterl und dem ehemaligen sozialistischen Mittelschüler Adolf Strohmaier, führten 1935, bald nach seinem Eintritt in die Lehrerbildungsanstalt, zur Gründung einer Gruppe um Richard Zach.

Mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich wurde neben der Bildungs- und Schulungsarbeit vor allem Informations- und Agitationstätigkeit geleistet. Die Gruppe umfasst in der NS-Zeit bis zu 50 junge Menschen, die in Kleingruppen, Zellen, organisiert sind. Sie verfasste Flugschriften und druckte und verteilte vor großen Grazer Industriebetrieben Streuzettel mit dem Hammer&Sichel-Emblem, die Zeitung „Der rote Stoßtrupp“ sowie Schulungsschriften.

Am 31. Oktober 1941 wurde Zach festgenommen und im Grazer Polizeigefängnis arretiert. 1942 wurde er wegen „Hochverrat“ und „dem Versuch der Lostrennung eines zum Reiche gehörigen Gebietes“ zum Tode verurteilt und 1943 in Berlin-Brandenburg hingerichtet. Während seiner Haft entstanden rund 200 Gedichte, die Verwandte und Bekannte in die Außenwelt schmuggelten.

Dass Richard Zach heute nicht vergessen ist, ist seinem

Bruder und seinen Freunden und ehemaligen Mitstreitern zu verdanken, die auch seine Schriften sichergestellt haben. Bereits 1945 brachte der Grazer Parteiverlag (Grazer Volksverlag) die ersten Gedichte von ihm in einer Anthologie („Bekanntnisse zu Österreich. Moderne Arbeiterlyrik“) heraus. 1993 erschien im Verlag „Bibliothek der Provinz“ der Gedichtband „Die schönen Worte fallen welk und fremd“, der zahlreiche Kassibertexte von Richard Zach enthält.

Gedenken

Richard Zachs Name befindet sich am Internationalen Mahnmal auf dem Grazer Zentralfriedhof ebenso wie auf einer Gedenktafel im Stiegenhaus der ehemaligen Lehrerbildungs-

anstalt (heute: Pädagogische Akademie) am Hasnerplatz in Graz. Im Jahre 1977 wurde das Kinderland-Heim in St. Radegund nach Richard Zach benannt, und ein kurzes Straßenstück in Graz-Andritz heißt heute Richard-Zach-Gasse.



Richard Zach

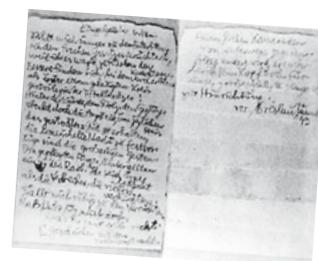
Morgen wird der Richter sprechen

Morgen wird der Richter sprechen.
Soll ich leben, muss ich sterben.
Hochverrat heißt mein Verbrechen.
Wollte nur mein Recht erwerben.

Morgen werden sie verkünden,
welches Unrecht ich begangen,
leicht ertrag ich meine „Sünden“.
Wollte nur mehr Brot erlangen.

Morgen werde ich wohl hören
ihrer Weisheit letzten Schluss.
Und der Staatsanwalt wird schwören,
dass man mich vernichten muss.

Morgen werd ich ihnen sagen:
Mögen mich zu Tode schinden,
können zehnmal mich erschlagen, –
werde trotzdem nicht verschwinden.



Viele seiner Gedichte schrieb Richard Zach in der Todeszelle. Sie wurden auf Kassibern hinausgeschmuggelt.

Richard Zach: „Streut die Asche in den Wind“. Österreichische Literatur im Widerstand. Ausgewählte Gedichte. Herausgegeben und eingeleitet von Christian Hawle, Stuttgart 1988, Seite 246.



Programm

alle Veranstaltungen, sofern nicht anders angegeben, im
KPÖ-Bildungsverein, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

Donnerstag, 28. Februar 2013, 19 Uhr

„Er hat am Ende doch gesiegt“

Richard Zach

Gerhard Balluch liest
Gedichte und Texte von
Richard Zach.

Einleitende Worte:
Gerhard Dienes



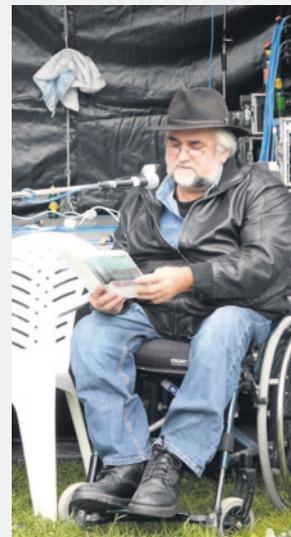
Weitere Informationen zu
Veranstaltungen sowie
Bestellungen:
KPÖ-Bildungszentrum
Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. (0316) 71 29 59

Dienstag 19. Februar 2013 19 Uhr

Erwin Riess

**Lesung: Herr Groll im Schatten
der Karawanken**

Erwin Riess liest aus seinem Roman: „Herr
Groll im Schatten der Karawanken“
Herr Groll und sein Assistent, der Dozent, sind
unterwegs nach Kärnten in „den letzten
politischen Jurassic Park Europas“.



Laute Variobahn

Verantwortungsloses Verhalten der Holding Graz

Seit im April 2010 die erste Variobahn auf den Linien 4 und 5 von Andritz bis Liebenau und Puntigam auf Schiene gestellt wurde, hat sich die Lebensqualität der Anrainer/innen dramatisch verschlechtert. Erdbebenähnliche Erschütterungen machen die Anrainer/innen körperlich und psychisch krank und verursachen auch Schäden an Gebäuden. „Bei mir zittert der Fußboden, Gläser klirren und Risse sind an den Wänden entstanden. Die vorbeifahrenden Straßenbahnen lassen uns nicht mehr schlafen“, schildert eine betroffene Anrainerin. Mit steigendem Einsatz der neuen Bahnen werden bald noch mehr Straßenbahn-Anwohner/innen in Graz unter den unerträglichen Erschütterungen und dem Lärm leiden.

Messungen belegen, dass die neuen Bahnen zu stärkeren Erschütterungen und höheren Lärm-

belästigungen führen als die alten Bahnen. Wer übernimmt dafür die Verantwortung?

Die Holding Graz hat ungeprüft 45 Straßenbahnen gekauft – ohne genaue Anforderungen zum Lärmschutz, ohne Prüfung der Vereinbarkeit mit dem Grazer Schienenkörper und anscheinend ohne Ausstiegsmöglichkeit aus dem Vertrag!

Die Holding Graz versucht nun seit über 2 Jahren mit großem Kostenaufwand die aufgetretenen Probleme in den Griff zu bekommen. Ohne Erfolg! Ganz im Gegenteil, in einem „neu sanierten“ Schienenabschnitt sind Lärm und Erschütterungen sogar noch schlimmer geworden.

Wir wünschen uns alle den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs, jedoch muss „Sanfte Mobilität“ auch buchstäblich ihrem Namen entsprechen und deutlich anders laufen!

Bürgerinitiative Straßenbahnwohner/innen, 6.1.2013



kinderland
Graz ladet ein zum

**Kinder-
maskenball**

Samstag, 2. Februar 2013

Volkshaus Lagergasse 98a

Beginn: 15 Uhr

Eintritt/Person: € 3.00

Vorverkauf € 2.00

**Es erwartet euch tolle Musik,
Spiel und Spass**

Wir freuen uns auf euren Besuch



BIBLIOTHEK
des KPÖ Bildungsvereins

im Volkshaus Graz
Nach Vereinbarung
für alle zugänglich



E-Mail: bibliothek@kpoe-steiermark.at • Tel. Bernd Mugele 0664/7364 6417

Schwerpunkte sind Arbeiterbewegung, marxistische Klassiker sowie antifaschistischer Widerstand. Bücherflohmarkt. Sie können uns gerne besuchen: jeden Mittwoch, 14.30-17.30, oder nach telefonischer Vereinbarung.

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

WINTERWOCHE

OUTDOOR:

- Nachtrodeln
- Iglu und Schneemann bauen
- Schöckelexpedition
- Geländespiel
- Schnupperreiten
- Abendspaziergang mit Fackeln

INDOOR:

- Bastel- & Kreativworkshops
- Märchenabend
- Faschingsdisco
- Miniplaybackshow
- Spieleabend
- und vieles mehr...

Kinderlandvilla St. Radegund
Kombipreis € 298.-
Oster- + Winterwoche

www.kinderland-steiermark.at

OSTERWOCHE

INDOOR:

- Kennenlernabend
- Singen und Tanzen
- Osterbasteleien
- Karaoke-show
- Songcontest
- und vieles mehr...

OUTDOOR:

- Ortskundungsspiel
- Gondelfahrt auf den Schöckel
- Schöckelexpedition
- Sportbewerbe
- Pferdekutschenfahrt
- Abendspaziergang mit Fackeln

AUSZEICHNUNG FÜR FERIENQUALITÄT 2012
LAND STEIERMARK

www.kinderland-steiermark.at

Auskunft und Anmeldung:

kinderland
Steiermark

Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Winterwoche:
16. bis 22. Februar 2013
Kinderlandvilla Radegund
169 Euro

Osterwoche:
23. bis 29. März 2013
Kinderlandvilla Radegund
169 Euro

Pfingsten am Turnensee
18. bis 20. Mai 2013
57,- Euro

Preise jeweils mit Transfer ab Graz, Vollpension, Betreuung u.v.m.
Zuschüsse möglich, bitte informieren Sie sich bei uns!

Pfingsten am Turnensee

Schnuppertage für Kids von 6-15

- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise im Bus (verschiedene Erstklassmöglichkeiten)

18. bis 20.05.2013
Kinderland Feriendorf, Turnensee

Sommer, Sonne, Ferien: Los! 1-2 oder 3 Wochen möglich!

07. Juli bis 17. August
Kinderland Feriendorf, Turnensee

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 0316 / 71 62 91. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Sehr geehrte Verkehrsbetriebe der Stadt Graz!

Schön, dass es eine neue Buslinie gibt. Die neue Haltestelle der Linie 64 an der Kreuzung Meran-gasse-Leonhardstraße ist aber an einer sehr ungünstigen Stelle. Dort ist zu wenig Platz. Lassen Sie den Bus noch ein paar Meter weiter fahren, einbiegen in die Leonhardstraße, dort ist alles viel breiter, sowohl die Straße, als auch der Gehsteig für die Fahrgäste. Machen Sie die Haltestelle vor dem Haus Leonhardstraße 52. Sie werden davon überzeugt sein. Es zahlt sich aus, einige Parkplätze für eine gute Bushaltestelle zu opfern.

Alfred Krejza

5 Gründe für ein neues Pensionskassengesetz

Auch in guten Börsenjahren gelingt es nicht, die bisherigen Verluste der Pensionskassen, für viele bereits ca. 50 %, also die Hälfte der ursprünglichen Pension aufzuholen.

Nur ein neues Pensionskassengesetz schützt uns vor weiteren Verlusten und bringt eine zumindest teilweise Entschädigung für die entstandenen Verluste, die in 20 Jahren kaufkraftbereinigt bis zu 80 % betragen. Wir brauchen 2013 noch ca. 4.000 Unterstützungserklärungen für ein Volksbegehren zur Änderung des Gesetzes.

www.stoppdempensionskassenflop.at

RED:OUT, die Lesbian-Gay-Bi-Transgender-Intersexual-Partei-gruppe der KPÖ, trifft sich jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr in der Traminer Weinstube zu einem offenen Stammtisch. Jede/r ist willkommen!



Die Hexe Nudelzopf
Charity Event mit Rainbows

Das Theater Asou spielt „Die Hexe Nudelzopf“ als Charity-Veranstaltung mit RAINBOWS Steiermark. Die Eintrittsgelder werden Rainbows zur Verfügung gestellt

von 28. Februar bis 1. März 2013, jeweils um 16.00 Uhr im Orpheum Graz.

Kartenreservierungen (nachmittags) unter (0316) – 8008 DW 9000 oder grazer@spielstaetten.at.
Vormittags-Vorstellungen für Kindergärten & Schulen können unter 0699-18 432 837 vereinbart werden.

www.theaterasou.at

GRAZER Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.
Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61
E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Tiere suchen ein Zuhause **TIERECKE**

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins,
 Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12. <http://www.landestierschutzverein.at>



Balu ist ein wunderschöner Schäfermischling, sehr groß gewachsen, liebenswert, aber noch ungestüm.



Balu, Löwenkopfkäaninchen ist ein Rammler, geb. 2012.



Aron ist ein sehr hübscher Mischlingsrüde, braucht noch ein bisschen Erziehung, geb. Jänner 2012.



Bob ist ein Meerschweinchenbock, geb. 2012. Braucht Gesellschaft.



Berti und Duke sind zwei entzückende Käaninchenböcke, geb. 2012, beide kastriert, brauchen ein neues Zuhause.



Conan ist ein noch schüchtern Kater, kastriert, ca. zwei Jahre, war ein Streunerker und braucht ein schönes Platzlerl.



Romeo ist ein kastrierter Meerschweinchenbock, schaut sehr lustig aus mit seiner „Hippiefrisur“. Braucht ebenfalls Gesellschaft.



Lady ist eine wunderschöne dreifärbige British-Kurzhaarkatze, sie ist eine Wohnungskatze, steril., geb. 2011, leider ein wenig schüchtern.



Vasco ist ein kastrierter Langhaar-Kater, geb. 2012, lebte als Streunerker und ist an Menschen nicht so gewöhnt. Mit Geduld und Zuneigung wird er sicher auftauen.



Dinky ist ein hübscher und unkomplizierter Beagle-Rüde, geb. 2007, sein Besitzer musste beruflich ins Ausland, kinderfreundlich.

KLEINANZEIGEN

Wohnung gesucht

Pensionistin sucht kleine, ebenerdige Wohnung in Graz, mit ÖV-Anbindung und Nähe Arztpraxis, bis 300 Euro. Tel. 0664/9439891

zu verkaufen:

Habe folgende Gegenstände, neuwertig, zu verkaufen: Kaffeemaschine AEG, 10 Tassen, € 9,90 (Neupreis € 99,-), für Kaffee gemahlen und Bohne, kleine Maschine Kenwood, ½ Liter, Dauerfilter (Metall), € 2,90; Softpresse Magic, € 4,90; Friteuse ½ Liter, Marke Trisa, € 4,90; Massagematte € 4,90; Massagesitz, € 4,90; Massagewanne für Füße, € 4,90; Minibackofen Marke Solek, € 9,90; Handmixer, € 4,90; Elektrischer Dosenöffner, € 4,90; Bodenreinigungsmaschine Marke Huber, € 29,90 (Neupreis € 299,-); Uhrenradio, € 2,90; Fußwärmer mit Massa-

ge Fa. Boirer, € 4,90; Haarfön, € 2,90; Elektrische Haarbürste, € 2,90; Trainingsgerät Nello Star, € 4,90; Elektrischer Alleschneider Marke Ritter, € 4,90; Bügeltisch, € 3,-; Neue Kassetten für Videorecorder, Stück € 1,-; Gemüsehobel, € 2,-; Zwiebelschneider, € 1,-; Milchaufschäumer, € 1,-. Tel. 0664/911 6783

Wohnzimmerngarnitur (blaugrau) in Echtholzeinfassung (Kirsch) zu verkaufen! Bestehend aus: 3er Sitzbank, - 2er Sitzbank, - 2 Fauteuilles. Nur Selbstabholung in Lieboch! Tel. 0676/40 58 359

Arbeit gesucht

HAK-Absolventin, Wiederanstiegenderin, sucht Bürostelle – Verwaltung oder Verlagswesen - halbtags, Tel. Nr. 0681/10852735.

BRITISH ENGLISH CONVERSATION - INDIVIDUAL TUTORING, GRAZ. 20 € / 90 min., 14h - 21h • Tel: 0650 / 7212 289

Wir veröffentlichen kostenlos Ihre Kleinanzeige: Grazer Stadtblatt, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 0316 / 71 62 91 stadtblatt@kpoe-graz.at

Beschäftigung im Sozialbereich gesucht. Arbeit mit ImmigrantInnen bevorzugt. Kenntnisse in allgemeinen Büroarbeiten sowie EDV (Word, Excel, Powerpoint), Englisch in Wort und Schrift und Arabisch vorhanden, langjährige Auslandserfahrung, Tel. 0688 99 23 000

Pensionistin sucht **Zuverdienstmöglichkeit**, möchte als Raumpflegerin oder Hilfe für alte Menschen tätig werden, Tel.: 0676 6528825

GLASEREI BILDERRAHMEN
Bergmann
 8010 Graz • Sparbersbachgasse 27
 Tel.+ Fax: +43/316/82 33 88

BILDERRAHMEN-FLOHMARKT
 vom 16.01. bis 08.02. 2013

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9.00 - 12.30
und 15.00 - 18.00 Uhr
www.bild-glas-bergmann.at

Jungfamilie mit kleinem Hund sucht günstige **Maisonette-Wohnung oder Reihenhäuser** bzw. Haus mit 4 Zimmern (ab 90 m²) und Eigengarten in Graz oder Graz-Umgebung zur Miete. Kontakt: abends 0699 81216806 bzw. hunter03@gmx.net

RADIO HELSINKI
 Freies Radio Graz

92,6
MHz

Volksbefragung 20. Jänner: Es geht um Berufsheer und Neutralität

foto: e.taschner



ÖVP und SPÖ machen mit ihren schrillen Kampagnen die Bundesheer-Volksbefragung am 20. Jänner zu einem Polittheater. Trotzdem ist es wichtig, daran teilzunehmen und gegen das Berufsheer zu stimmen:

- 1 Die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht ist kein Schritt zu mehr Frieden. Sie dient dem Aufbau einer Berufsarmee, die für globale Interventionseinsätze im EU-Rahmen jederzeit abrufbereit ist.
- 2 Ein Berufsheer im Rahmen dieser Einsätze steht in klarem Widerspruch zu den Verpflichtungen eines immerwährend neutralen Staates.
- 3 Ein Berufsheer im Rahmen der EU soll auch für Einsätze im Inneren der EU zur Verfügung stehen und ist damit eine Gefahr für Sozialstaat und Demokratie.

Die Abschaffung des Bundesheeres steht jetzt nicht zur Abstimmung. Wer gegen eine Berufsarmee ist, hat am 20. Jänner nur eine Möglichkeit auf dem Stimmzettel: **Allgemeine Wehrpflicht und Zivildienst.**

b) *So geht's*
Für den ausgewählten Vorschlag bitte

oder



Neutralität statt EU-Armee

am 20. Jänner 2013
NEIN zum Berufsheer